

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Einzelhefte 10 Pf. In den Postzeitungslisten Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanchlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Der ADGB. zur Lohn- und Arbeitszeitfrage.

In seiner 11. Sitzung am 10. März 1931, über die wir an anderer Stelle noch ausführlicher berichten, beschäftigte sich der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit den beiden Fragen, die heute im Brennpunkt des wirtschaftlichen Interesses stehen: mit der Frage der Arbeitszeit und mit der Lohnfrage. Folgende Entschlüsse wurden vom Bundesauschuss einstimmig angenommen:

Zur Arbeitszeitfrage.

Der Bundesauschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Der Bundesauschuss erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verkündung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesauschuss wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesauschuss scharfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedsprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.

Zur Lohnfrage.

Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und reißlos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiter Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesauschuss erhebt deshalb seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen sofort der Arbeiterschaft gegenüber dem rückwärtsgehenden Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.

Mit den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben Verhandlungen stattgefunden. Die Spitzenorganisationen kamen zu dem Ergebnis, daß von einem starren Schematismus der Tarifverträge keine Rede sein könne. Die Unternehmer denken bei ihren Beschwerden ja auch gar nicht an die Tarifverträge im allgemeinen, sondern nur an die Lohnabkommen.

Leipart wandte sich dann den Verhandlungen zu, die zu der gemeinsamen Erklärung der Spitzenorganisationen führte, die dem Reichspräsidenten unterbreitet wurde.

Die Gewerkschaften haben dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt, sich entschieden gegen den Lohnabbau gewendet und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschlüsse, die der Vorstand dem Ausschuss diesmal vorgelegt hat, bedeuten eine nachdrückliche Bekräftigung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktoberentscheidung hatte die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme gefordert. Die neue Entscheidung geht darüber hinaus. Sie legt entschieden Gewicht darauf, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle.

Auch gegen den planmäßigen Lohnabbau muß der Bundesauschuss wiederum Stellung nehmen.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolglicheren Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich verminderte Kampfkraft der Gewerkschaften ausnützen und das vorhandene Elend steigern, diese brutale Machtpolitik darf und soll ihnen nicht verzeihen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfeswille durch die jetzige Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsehen wird, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wird die Frage der Beziehungen der Gewerkschaften in Memelland zu den deutschen Gewerkschaften erörtert. Leipart machte Mitteilungen über die Lage und die organisatorischen Verhältnisse der Gewerkschaften des Memellandes. Fast alle dortigen Gewerkschaften haben sich zum Memelländischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen, und bei diesem besteht nun das Bestreben, sich mit den deutschen Gewerkschaften enger zu verbinden. Diesem Wunsche könne dadurch Rechnung getragen werden, daß sich der Memelländische Gewerkschaftsbund dem ADGB anschließen, der Bundesvorstand schlägt vor, daß der Bundesauschuss ihn ermächtigt, mit den memelländischen Gewerkschaften über eine solche Lösung zu verhandeln. Der Bundesauschuss stimmt diesem Vorschlage zu.

Leipart berichtete ferner, daß der Bundesvorstand die Veranstaltung eines Bauarbeiterkongresses vorschlägt. Die internationale Bauausstellung bietet einen erwünschten Anlaß zu dem Kongress. Die meisten der beteiligten Verbände haben dem Gedanken bereits zugestimmt.

Leipart schloß die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihren ersten Pflichten und der Größe ihrer Aufgabe doppelt bewußt sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Anlaß zur Mutlosigkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schaffen der Mutlosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichen Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

Wie kann die Krise überwunden werden?

Die Anhänger der Auffassung, die Krise könne allein mit Hilfe von Lohnsenkungen behoben werden, begründen diese Ansicht häufig mit der Behauptung, bisher sei noch stets die Krise durch den Beginn einer neuen Anlagefähigkeit in den Produktionsmittelindustrien überwunden worden. In einer solchen Anlagefähigkeit bedürfte es aber erhöhter Rentabilität der Unternehmungen, damit ihre Unternehmungslust ansteige und erhöhter Kapitalbildung, damit die Kapitalien, die für die Anlagefähigkeit erforderlich sind, zur Verfügung stehen. Deshalb empfiehlt man Lohnsenkung als Mittel der Gewinnsteigerung und der beschleunigten Kapitalbildung.

Würde es zutreffen, daß in der Vergangenheit die Krisen stets in der hier geschilderten Weise verschwanden, so wäre das noch kein Beweis dafür, daß auch die gegenwärtige auf diese Art überwunden werden könnte. Denn die Anlagemöglichkeiten sind heute, wo die Produktionsmittelindustrien so weitgehend ausgebaut sind, bei weitem nicht in dem Umfang vorhanden wie in früheren Zeiten. Indessen erfolgte die Überwindung der früheren Krisen nicht durch erhöhte Anlagefähigkeit, sondern durch Steigerung des Massenverbrauchs. Nur dadurch, daß in der Krise die Preise stets rascher und stärker sanken als die Löhne, und auf diese Weise der Verbrauch der Arbeitnehmer wie der Festbesoldeten und Rentner ansteigen konnte, wurden die früheren Krisen überwunden, und erst nachher kam es zu erhöhter Anlagefähigkeit, die den Weg für den Aufschwung ebnete. Heute sind die Preise durch die Herrschaft der Kartelle und der Erstarrung der Handelszuschläge, durch Zollerhöhungen und durch erhöhte Staatsausgaben in ihrem Sinken gehindert, während das Lohn Einkommen durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zusammenschumpfte. Diese ungünstige Entwicklung soll nun noch dadurch verschärft werden, daß das sonst schon nicht ausreichende Lohn Einkommen durch weiteren Lohnabbau verkürzt und die Massenkaukraft noch mehr eingeschränkt werde. Auf die Weise wird aber die Krise nicht überwunden, sondern verewigt.

11. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Der Bundesauschuss des ADGB trat am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen.

1. Mitteilungen des Bundesvorstandes.

Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, wies zu Beginn der Sitzung auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten.

Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist.

Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsausbildungsgesetz, das alle Instanzen durchlaufen hat, erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird ihrerseits, einem Wunsche der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiedung des Gesetzes anregen.

Der IFA-Bund hat angeregt, einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden, der die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung untersuchen soll. Der Bundesvorstand hat dieser Anregung zugestimmt. Leipart erstellte kurz das Verhältnis der Gewerkschaften zur Technischen Nothilfe. Der Bundesvorstand hält es gegenüber Anregungen von anderer Seite für richtig, an der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften festzuhalten und den Beitritt von Mitgliedern zur Technischen Nothilfe nicht zu empfehlen.

Der Vorstand des IGB hat davon abgesehen, die in diesem Jahre geplante Internationale Arbeiterinnenkonferenz abzuhalten. Wegen sollen bei Gelegenheit der Internationalen Arbeitskonferenz, die sich mit der Nacharbeit der Frauen befaßt, die dort anwesenden Vertreterinnen zu einer Konferenz zusammenkommen.

Die Tätigkeit des vom IGB. eingesetzten Vier-Länder-Komitees (Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg) muß auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Der Vorstand hat für die Arbeiten dieses Komitees, das wichtige organisatorische Aufgaben durchzuführen hat, wiederum einen Beitrag bewilligt.

Dann besprach Leipart die Vorbereitung für den Kongress in Frankfurt, die sich natürlich mit der Krise und den Wegen zu ihrer Überwindung befassen muß. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen wiederum in einem Sammelwerk, unter Unterstützung von Sachverständigen, eingehend begründet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch eine umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht wies Thiemi (Fabrikarbeiterverband) auf die großen finanziellen Schwierigkeiten mancher Zahlstellen hin. Die Ortsanschlüsse müssen sich da, wo diese Schwierigkeiten bestehen, so weit einschränken, wie die Krise es erfordert. Schäfer (Metallarbeiterverband) vertrat die gleiche Auffassung. Besonders wandte er sich dagegen, daß in dieser Zeit die Ortsanschlüsse Gelder für neue Einrichtungen in Anspruch nähmen.

Simon (Schuhmacher) wies auf die großen Einnahmefälle der Zahlstellen wie der Zentralen hin, denen vermehrte Ausgaben gegenüberstehen. Größte Sparsamkeit der Ortsanschlüsse sei daher unbedingt erforderlich.

Leipart entgegnete in bezug auf die Beiträge an die Ortsanschlüsse, daß die Gesamtinteressen mindestens ebenso wichtig sind wie die Verbandsinteressen. Es muß nach geltendem Gewerkschaftsrecht für alle Mitglieder gezahlt werden. Wann können unter Umständen in Notfällen die Beiträge herabgesetzt werden.

Der Bundesauschuss nahm die Anregungen, die der Vorsitzende in seinem Bericht gegeben hatte, einstimmig an.

Die allgemeine Lage.

Leipart erstattete nunmehr Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, mit denen sich der Bundesauschuss auf seiner letzten Sitzung beschäftigt hatte.

Kartell und Gewerkschaft.

In der öffentlichen Diskussion werden Kartelle und Gewerkschaften nicht selten gleichgesetzt. Für beide wird gelegentlich die gleiche Rechtfertigung verlangt. Insbesondere wird die Ansicht vertreten, die staatliche Kontrolle der Kartelle müßte logischerweise auch die Kontrolle der Gewerkschaften erfordern; denn, wie das Kartell das Angebot auf dem Warenmarkt regelt, kontrollieren die Gewerkschaften das Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Eine sehr beachtenswerte Widerlegung der Gleichsetzung von Kartellen und Gewerkschaften findet sich in dem Aufsatz von Dr. Franz Neumann (Entwurf des Kartell- und Monopolgesetzes, in „Die Arbeit“, Dezember 1930), in dem die großen sozialen und juristischen Unterschiede zwischen Kartell und Gewerkschaft dargestellt werden. 1. Das Kartell ist eine Organisation von Individuen, von Einzelunternehmen, deren jedes für sich stark genug ist, um sich zu behaupten. Die Gewerkschaft dagegen ist eine Massenorganisation, außerhalb ihrer sind die Arbeiter nichts, sie sind machtlos und wehrlos dem Kapital ausgeliefert, das sie ohne Gewerkschaften rücksichtslos beherrschen würde. 2. Für den Unternehmer ist das Kartell allein Interessenorganisation. Für den Arbeiter ist die Gewerkschaft nicht nur Interessenorganisation, sondern Form einer Lebensgemeinschaft, ja neben der Familie die Lebensgemeinschaft schlechthin. Sie erfüllt nicht nur wirtschaftliche Aufgaben, sondern eminente kulturelle Funktionen. 3. Zudem: Was will man bei den Gewerkschaften kontrollieren? Ihre

Mitgliederzahl und ihr Vermögen sind bekannt. Geheimnisse kann die Gewerkschaft als Massenorganisation nicht haben. Beim Kartell dagegen gibt es Geheimnisse genug, die eine Staatskontrolle aufklären müßte. 4. Die Gewerkschaft untersteht bereits einer viel wirksameren Aufsicht als das Kartell. Sie unterliegt der Verbindlichkeitsklärung, sie kann ihre Nachmittel nicht so gebrauchen, wie sie es unter Umständen möchte. 5. Die Gewerkschaften unterstehen sodann außer der rechtlichen Kontrolle durch den Staat bereits einer sozialen Kontrolle durch den sozialen Gegenspieler — den Arbeitgeberverband. Die Rechtsform, in der das Kartell den Markt beeinflusst, ist die Form des Beschlusses, also eine einseitige Erklärung einer Organisation, auf deren Zustandekommen Gegenspieler regeläßig keinen Einfluß haben. Die Rechtsform der Marktbeeinflussung durch die Gewerkschaften dagegen ist der Tarifvertrag, in dessen Wesen bereits der Ausgleich gegenfälliger Interessen beschlossen ist. 6. Endlich als letztes: Die Gewerkschaften verzichten gern auf die Ausübung des inneren und äußeren Organisationszwanges. Wenn die Gewerkschaft baut sich nicht auf rechtlichem Zwang — wie die Kartelle —, sondern auf sozialer Zustimmung auf. Gegenüber Außenstehenden kann und will die Gewerkschaft — im Gegensatz zu den Kartellen — keinen Organisationszwang ausüben.

Zusammenfassend: Kartell und Gewerkschaft sind zwei völlig verschiedene Organisationsformen, deren jedem eine besondere Rechtsstellung zukommt.

Sicherung tarifvertraglicher Ansprüche.

Die Vorstände des ADGB und des Afa-Bundes haben die nachfolgenden Forderungen formuliert, die nunmehr von der SPD dem Reichstag als Initiativantrag unterbreitet worden sind:

Der § 1 der Tarifvertragsverordnung erhält folgende Zusätze:
 „Verzicht, Erlaß, Verwirkung entstandener Ansprüche von Arbeitnehmern aus Tarifverträgen und aus Mindestentgeltfestsetzungen für Hausarbeiter sind während des Laufs der Verjährungsfrist unzulässig.“
 Entgegenstehende Abmachungen oder solche, die den verbotenen Erfolg auf andere Weise zu erreichen suchen, sind nichtig.
 Der Anspruch des Arbeitnehmers auf durch Tarifvertrag begründete Rechte ist unabhängig von der Kenntnis des Arbeitgebers von der Verbandszugehörigkeit des Arbeitnehmers.
 Der Anspruch des Arbeitnehmers besteht auch dann, wenn er auf Befragen des Arbeitgebers seine Verbandszugehörigkeit verschweigt.“

Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 6.

Am 18. Februar 1931 fand in Breslau eine Konferenz der Geschäftsführer unseres Gaus 6 statt. Anwesend waren 26 Angehörige aus den Zahlstellen, fünf Kollegen vom Gauvorstand und zwei Kollegen vom Hauptvorstand. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Verbandsfinanzen und Wirtschaftskrise (Referent Kollege Köhler [Hannover]); 2. Unsere Tarifabschlüsse und die bevorstehenden Lohnbewegungen (Referent Kollege Thiemer [Breslau]); 3. Verschiedenes.

Kollege Köhler führte etwa folgendes aus: Bis Ende 1929 haben sich unsere Verbandsfinanzen äußerst günstig entwickelt. Die allgemeine Wirtschaftskrise ist aber auch an unserem Verbande nicht spurlos vorübergegangen. Die große Arbeitslosigkeit führte zu verminderten Einnahmen und zu höheren Ausgaben. Beinahe 50 Prozent unserer Mitglieder sind arbeitslos oder arbeiten verkürzt. 1929 haben wir etwa 3 1/2 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Für das Jahr 1930 wird sich diese Unterstützung auf 5 Millionen Mark belaufen. 13 000 Kollegen beziehen Verbandsinvalidenunterstützung. Diese Einrichtung hat bisher sehr segensreich gewirkt. Obwohl die gegenwärtige Krise die vorherigen Krisen an Schärfe weit übertrifft, ist der Mitgliederverlust verhältnismäßig gering. Bei früheren Krisen waren die Verluste weit stärker. Das beweist, daß die Mitgliedschaft von dem Wert der Organisation durchdrungen ist. Gegenwärtig stehen wir finanziell besser als vor 5 bis 6 Jahren. Die Hoffnung der Unternehmer auf unseren finanziellen Ruin wird nicht in Erfüllung gehen. Was wir bis jetzt an Lohnabgaben ertragen mußten, werden wir unter besseren Verhältnissen wieder weismachen. Unschick und Geschick haben die Lohnverträge im Gau 6 verhältnismäßig gering bleiben lassen. Wenn auch die Hilfstuppen der Unternehmer, wie Nazis, Stahlhelmer, Gelbe und AHD, uns unsere Arbeit erschweren, so werden wir doch über alle Schwierigkeiten Sieger bleiben. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Kollegen Köhler.

An der Ansprache beteiligten sich die Kollegen Lange, Kühn, Fiebig, Lehmann, Piegja und Diesche. In einer Ansprache über unsere Verwaltungsverhältnisse stellte Kollege Herden (Hannover) fest, daß das jetzige System unter den gegebenen Verhältnissen das brauchbarste ist.

Kollege Thiemer berichtete über die gegenwärtigen Lohnbewegungen. Mit der bisherigen Taktik des Verbandes haben wir sehr viel erreicht.

Auf Antrag der Kollegin Richter wurde beschlossen, nach vor dem Verbandszuge eine Frauenkonferenz stattfinden zu lassen. Kollegin Kurzweil wünscht eine stärkere Tätigkeit der Kommission für Vereinheitlichung der Unterstützungsleistungen beim ADGB.

Frauenfragen.

Wie steht es mit dem internationalen Verbot der Nacharbeit der Frauen?

Die Bestrebungen auf eine Durchlöcherung der Bestimmungen über das Verbot der Nacharbeit der Frauen sind sehr stark. Die Wirtschaftskrise noch verstärkt worden. Das auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington im Jahre 1919 angenommene Abkommen über die Nacharbeit der Frauen soll auf Antrag der Regierungen von Belgien, Großbritannien und Schweden einer Revision, das heißt einer Abänderung unterzogen werden. In dem Abkommen ist festgelegt, daß die Nacharbeit der Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten ist. Nach den Abänderungsanträgen soll das Abkommen nicht gelten für Auffichtspersonen; außerdem soll mehr „Beweglichkeit“ in Bezug auf die nächtlichen Ruhepausen Platz greifen. Daraufhin hat das Internationale Arbeitsamt den Regierungen verschiedener Länder zwei Fragen vorgelegt, die sich mit der Unterzeichnung der Arbeiterinnen von den weiblichen Auffichtspersonen und mit dem Beginn und dem Ende der nächtlichen Ruhepausen betreffen. Mehrere Regierungen wandten sich gegen diese Nachprüfung. Für die Abänderung des Abkommens traten ein die Regierungen von

Deutschland, Österreich, Belgien, Großbritannien, Finnland, Indien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und der Schweiz. Abgesehen von England kam die Auffassung ganz allgemein zum Ausdruck, daß die Angelegungen von dem Abkommen nicht erfaßt würden. Die letzte Sitzung des Verwaltungsrats hat mit ihren Beschlüssen jenen Vorschlägen der belgischen Regierung zugestimmt, wonach die Nacharbeit der Frauen in der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens oder 11 Uhr abends und 8 Uhr morgens verboten sein soll. Den Regierungen soll es überlassen sein, die Wahl zwischen diesen beiden Zeiten selbst zu treffen. Dadurch soll das Abkommen „beweglicher“ gestaltet werden. Die nächste internationale Arbeitskonferenz wird sich mit den Beschlüssen des Verwaltungsrates zu beschäftigen haben und das Abkommen in diesem Sinne ändern. Weitere Abänderungen des Abkommens sollen vorläufig nicht geplant sein, obgleich die neue internationale bürgerliche Frauenorganisation „Open Door Council“ die vollständige Veseitigung des besonderen Frauenschutzes mit allen Mitteln anstrebt. Was nicht ist oder jetzt noch nicht zu erreichen ist, kann vielleicht später noch werden. Die einzige Abwehr liegt im Vorhandensein einer starken Arbeiterbewegung. Ausdehnung des Arbeiterinnen-schutzes, Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen wie der Arbeiterschaft als Ganzes vermag nur eine starke Arbeiterbewegung zu garantieren. Sie wird auch imstande sein, die Faltung der Regierung im Sinne der berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen maßgeblich zu beeinflussen. Durch Stärkung der Organisationen sollen und wollen wir alle dabei mitwirken.

Warum kein denkender Arbeiter bei der RGO. bleiben kann,

geht aus der folgenden Erklärung hervor, die der Kollege Langer uns freiwillig zur Verfügung stellte:

Erklärung.

Ich erkläre hiermit öffentlich meinen Austritt aus der RGO. Die Gründe, die mich dazu führen, sind folgende:

1. Ich habe eingesehen, daß die Schaffung und Unterhaltung der RGO zur Zerschlagung des einzigen festen Bollwerkes der deutschen Arbeiterschaft, der freien Gewerkschaften, führt.
2. Ich habe eingesehen, daß mit der von der RGO propagierten Taktik nichts für die Arbeiterschaft erzielt werden kann.
3. Die Organisationsgrundlagen und Statuten der RGO geben mir nicht die Gewähr, daß die eingezahlten Beiträge zum Nutzen der Mitglieder bzw. der Gesamtarbeiterschaft verwendet werden. Ich verspreche, nach bestem Wissen und Können für die freien Gewerkschaften im allgemeinen und für den Fabrikarbeiter-Verband im besonderen weiterzuarbeiten, und bitte deshalb den Hauptvorstand um Zurücknahme meines Ausschlusses.

Vorstehende Erklärung übergebe ich hiermit dem Hauptvorstand und der Ortsverwaltung zur beliebigen Verwendung.

Fürth, den 7. März 1931.

Ludwig Langer.

Zweite Frauenkonferenz für den Gau Pommern.

Am 1. März fand in Stettin die zweite Frauenkonferenz statt, die von 51 Kolleginnen aus 15 Zahlstellen, zwei Gauleitern, einem Bezirksleiter sowie zwei Gauvorstandsmitgliedern besucht war und in der folgende Tagesordnung behandelt wurde:

1. Die Arbeiterin im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart. Referentin: Kollegin Jammert (Hannover).
2. Die Frauen in den Gewerkschaften. Referentin: Kollegin Kämmer (Köslin).
3. Die Frauenagitation im Gau Pommern-Mecklenburg. Referent: Kollege Wiesenhütter (Stettin).

In dem Referat der Kollegin Jammert kam zum Ausdruck, daß sich die Wirtschaftskrise auch unter den Arbeiterinnen bemerkbar mache, weil infolge der wirtschaftlichen Notlage in den Arbeiterfamilien oft die Frau gezwungen ist, mißzuverdienen. Auch das Verbot der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen kann die Arbeitslosigkeit nicht merklich gemindert werden, weil die meisten Frauen auf den Erwerb angewiesen sind, um ihre Familie unterhalten zu helfen, und sich doch wieder um Arbeit bemühen würden. Hinzu kommt das noch vielfach mangelnde Klassenbewußtsein der Frauen selbst. Seit der Nachkriegszeit hat sich ein neuer Frauenapparat herausgebildet. Neben der politischen Gleichberechtigung, die die Frau infolge der Umwälzung 1918 erlangt hat, steht der Frau ein Arbeiterin der Weg zur wirtschaftlichen Gleichberechtigung offen, den sie unbedingt beschreiten muß, wenn sie gegenwarts- und zukunftsangewandte erfüllen will. Der Ausgang der letzten Reichstagswahlen hat aber gezeigt, daß viele Frauen noch nicht zu dieser Erkenntnis gekommen sind; deshalb stehen noch manche Verbesserungen in der bürgerlichen Gesetzgebung, in der Sozialversicherung, in Arbeits- und Lohnfragen aus.

Aus dem Referat der Kollegin Kämmer war zu entnehmen, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen von Jahr zu Jahr größer werde infolge der zunehmenden Bevölkerung und weil die Unternehmung auf Vorliebe mehr Frauen und Mädchen im Betriebe beschäftigt, um so aus der Arbeitskraft noch mehr als bisher zu profitieren. Diese Unternehmertaktik bewog bereits den ersten Gewerkschaftskongress zur Annahme einer Resolution, nach der die Frauen, die im Betriebe stehen, den freien Gewerkschaften zugeführt werden müßten. Es gelang den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, in der Gesetzgebung Schutzbestimmungen, Fortreibungen in den einzelnen Organen und Einrichtungen des Staates auch für die erwerbstätigen Frauen zu erlangen. Daneben muß aber mit allem Nachdruck für den frei-

gewerkschaftlichen Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“, genügende Freizeit usw. gearbeitet werden. Gerade jetzt kommt ja der Arbeitgeberstandpunkt, die Männerlöhne seien zu hoch, zum Ausdruck, und der Hinweis, die Frau arbeite genau so gut und obendrein billiger, verdient unter der Arbeiterschaft mehr Beachtung als je. Leider werden zu oft die Gefahren der Nichtbeteiligung der Frauen und Arbeiterinnen an politischen und wirtschaftlichen Bewegungen verkannt, so daß wir uns nicht zu wundern brauchen, wenn viele Frauen noch abseits stehen. Der Weg zur politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung geht für den Arbeiter und für die Arbeiterin durch die gewerkschaftliche Organisation; in ihr müssen beide Geschlechter für die Befreiung der Arbeiterklasse gemeinsam kämpfen. Das bedeutet, daß in der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterkollegin der Platz auch in den einzelnen Verbandsinstanzen selbst ist und durch diese auch der Weg zur Vertretung vor den öffentlichen Körperschaften gefunden werden muß. Nur dadurch wird das Vertrauen und das gewerkschaftliche Interesse bei den Arbeiterkolleginnen geweckt, die heute noch unseren Bestrebungen fernstehen.

In der Aussprache waren die Kolleginnen Christian (Parchim), Schurwanz (Janow) und Parnow (Köslin) sowie die Kollegen Wiesenhütter und Kämmer mit den Ausführungen der Referentinnen einer Meinung. Der Kollege Wegner (Stettin) erklärte, daß er trotz eifrigster Bemühungen keine Kollegin habe ausfindig machen können, die diese Konferenz besuchen sollte.

Kollege Wiesenhütter berichtete, daß im Gau Pommern die Frauenbewegung nur langsame Fortschritte gemacht habe, und erklärte, daß er es unbedingt für notwendig halte, ebenso wie in anderen Gauen auch für den Gau Pommern eine Frauenagitationskommission zu bilden. Auf seinen Vorschlag wurden für diese Kommission die Kolleginnen Kämmer, Wark, Freitag, Wangelin und Sorgatz gewählt.

Die Konferenz, die besser besucht war als die erste Frauenkonferenz, hat der Frauenagitation viele neue Anregungen gegeben.

Papier-Industrie

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1930.

Von G. Stähler (Hannover).

IV.

Es dürfte kaum anzunehmen sein, daß das mit der deutschen Papiererzeugungsindustrie auf dem Weltmarkte konkurrierende Ausland der innerdeutschen Entwicklung, besonders auf sozialem Gebiete, tatenlos zusieht. Verschiedene Anzeichen sprechen vielmehr dafür, daß das Ausland die eingetretene Verschlechterung auf lohn- und sozialpolitischem Gebiete als eine Kampfmaßnahme zur Eroberung des Weltmarktes ansieht und sich dagegen wehrt. An

Abwehrmaßnahmen

sind in der letzten Zeit folgende Vorgänge bekanntgeworden:

Die Salzburger Handelskammer verlangt zum Schutze der österreichischen Zellstoffindustrie eine Erhöhung des Zellulose-Einfuhrzollens von 2 auf 3,5 Goldkronen für 100 Kilogramm.

Die rumänische Regierung hat ihr Finanzministerium angewiesen, die Papierzölle um 30 Prozent und die Zellulosezölle um 50 Prozent zu erhöhen.

Die amerikanischen Zellstoffabrikanten verlangen weitere Zollschutzmahnahmen gegen die Einfuhr von Zellstoff besonders aus Europa und begründen es damit, daß Europa zu Dumpingpreisen liefere. Daß die amerikanische Regierung die Forderung sehr ernst nimmt, beweist die Tatsache, daß der Kongreß bereits Erhebungen über diese Frage angeordnet hat.

Aus ähnlichen Gründen hat die Regierung in Kanada eine Revision des Zolltarifs vorgeschlagen, um die Zölle für Druck-, Feinpapier-, Pappen- und Papierwaren um 5 bis 10 Prozent für die einzelnen Sorten zu erhöhen.

Der 16,8 Prozent betragende Packpapier-Einfuhrzoll läuft, wenn er nicht erneuert wird, in England am 30. April 1931 ab. Es ist immerhin noch sehr fraglich, ob unter den Einwirkungen der sozialpolitischen Verschlechterungen in Deutschland die englische Regierung gewillt ist, in Zukunft auf diesen sozialen Dumpingzoll, der sich hauptsächlich gegen Deutschland richtete, zu verzichten. Selbst Herr von Wuffow, der Leiter des Vereins Deutscher Papierfabrikanten, muß in der „Papierzeitung“ zugeben, daß in England zur Zeit die notwendig klare Linie zu einer Handels- und Zollpolitik vollkommen fehlt, und daß, falls die konservative Partei wieder an die Regierung kommen sollte, ein Zolltarif mit einem allgemeinen Schutz Zoll für sämtliche Erzeugnisse zur Einführung gelangt.

Die deutsche Produktion.

Trotzdem am Ende des Jahres 1930 rund 25 Prozent der deutschen Papierarbeiter arbeitslos waren, und trotzdem rund weitere 25 Prozent der Papierarbeiter in Kurzarbeit beschäftigt wurden, ging die Papierproduktion gegenüber 1929 nur um 7,4 Prozent, die Pappenproduktion um 5,8 Prozent, die Zellstoffproduktion um 2,4 Prozent und die Holzstoffproduktion um 2,5 Prozent zurück.

Hieraus ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß trotz der angehenden Wirtschaftskrise, trotz Arbeiterentlassungen und Betriebsstilllegungen die Rationalisierungsmaßnahmen auch im Jahre 1930 in der deutschen Papiererzeugungsindustrie fortgesetzt wurden.

Diese Annahme wird auch durch die Ermittlungen des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie bestätigt. Nach dessen Angaben — veröffentlicht in Nr. 7 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1931 — wurde durch Ausbau und technische Rationalisierung von 1928 bis 1930 die Produktionsfähigkeit gesteigert, und zwar:

in der Papierfabrikation um 9,1 Prozent,
 in der Pappenfabrikation um 5,3 Prozent,
 in der Zellstofffabrikation um 9,6 Prozent,
 in der Holzstofffabrikation um 8,4 Prozent.

Die zu diesen Rationalisierungsmaßnahmen angelegten Kapitalsummen müssen natürlich mit verginst werden und drücken zweifellos bei der rückgängigen Produktion infolge der Wirtschaftskrise auf die Westeherkosten.

Aus der nachfolgenden Zusammenstellung geht die Vor- und Nachkriegsproduktion der deutschen Papiererzeugungsindustrie hervor:

Jahr	Erzeugung von			
	Papier Tonnen	Zellstoff Tonnen	Pappe Tonnen	Holzstoff Tonnen
1912	1 611 000	—	370 000	—
1913	—	839 400	—	674 000
1919	792 000	—	163 000	—
1920	1 108 000	—	239 000	—
1921	1 212 000	—	261 000	—
1922	1 582 000	—	383 000	—
1923	1 185 000	674 970	234 000	458 600
1924	1 377 000	731 600	277 000	574 600
1925	1 692 000	913 400	366 000	736 700
1926	1 668 000	970 600	329 000	726 600
1927	2 008 000	1 072 000	434 000	817 000
1928	2 105 000	1 149 150	442 000	837 200
1929	2 126 000	1 204 000	430 000	851 600
1930	1 969 000	1 175 200	405 000	830 300

Die Papierproduktion stand im Jahre 1929 32 Prozent, im Jahre 1930 nur noch um 22 Prozent über der Friedensproduktion. Bei voller Ausnutzung der Betriebskapazität wäre im Jahre 1930 eine Steigerung von rund 40 Prozent gegenüber der Friedensproduktion erreicht worden.

In der Pappenindustrie stand die Produktion im Jahre 1929 16,2 Prozent und 1930 nur noch 9,5 Prozent über der Friedensproduktion. Auch hier wäre bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität eine Steigerung von über 20 Prozent im Jahre 1930 erreicht worden.

Die Zellstoffproduktion war 1929 um annähernd 44 Prozent und 1930 noch um 40 Prozent über die Friedensproduktion gestiegen. Auch hier wäre bei voller Ausnutzung der Betriebskapazität eine 50prozentige Steigerung zu verzeichnen gewesen.

Um rund 27 Prozent stand die Holzstoffproduktion des Jahres 1929 über der Friedensproduktion. Sie ging 1930 auf rund 23 Prozent zurück und würde bei voller Ausnutzung der Betriebskapazität im Jahre 1930 auf rund 35 Prozent gestiegen sein.

Diese Zahlen beweisen, daß im Jahre 1930 in der deutschen Papiererzeugungsindustrie ein verhältnismäßig starker Leerlauf vorhanden war, der zunächst im Jahre 1931 noch anhalten dürfte, und der die Herstellungskosten an der Produktion ungehörlich und unberechtigt verteuert. Daraus ergibt sich aber auch mit aller Deutlichkeit die Sinnlosigkeit der heutigen kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen.

Die ausländische Produktion.

Soweit bis jetzt Meldungen aus dem Auslande vorliegen, ist auch dort die Entwicklung ähnlich gegangen wie in Deutschland. In U.S.A. ging die Papierproduktion von 9 886 300 auf 9 033 720 Zentner-Tonnen oder um 9,3 Prozent im Jahre 1930 zurück.

Trotz der Vereinbarung der europäischen Zellstofffabrikanten, die Produktion auf 2/3 Jahre — wovon 1/3 Jahr noch in das Jahr 1930 fällt — um 15 Prozent einzuschränken, ist die Zellstoffproduktion in Finnland von 612 228 im Jahre 1929 auf 696 447 Tonnen im Jahre 1930 oder um 13,7 Prozent gestiegen.

Die schwedische Zellstoffproduktion stieg von 1 850 000 Tonnen im Jahre 1929 auf 1 872 000 Tonnen im Jahre 1930 oder um 1,2 Prozent.

Diese Produktionssteigerungen der am europäischen Abkommen in hervorragender Weise beteiligten Zellstoffstaaten beweisen, wie wenig praktischen Wert derartigen Abkommen zugemessen werden kann. Bei wirklicher Einhaltung der beschlossenen 15prozentigen Produktionsbeschränkung hätte auch in diesen Staaten die Produktion für 1930 unter der von 1929 — genau wie in Deutschland — liegen müssen. Wir vermuten sehr stark, daß das Ergebnis der übrigen am Zellstoffabkommen beteiligten Staaten ähnlich aussieht wie das skandinavische.

In der deutschen Zellstoffindustrie jedenfalls hat sich dieses Zellstoffabkommen zum Nachteil der Arbeiterschaft bereits recht unangenehm ausgewirkt. Hunderte von Arbeitskräften wurden deshalb in den einzelnen Betrieben bereits entlassen. Die Zellstofffabrik Waldhof beabsichtigt, um diese 15prozentige Einschränkung durchzuführen, ihren Mannheimer Betrieb mit rund 1700 beschäftigten Arbeitnehmern zunächst stillzulegen. Die Kosten dieses europäischen Beschlusses hat bis jetzt in Deutschland in erster Linie die Zellstoffarbeiterschaft durch Massenarbeitslosigkeit zu tragen gehabt.

Schlussfolgerungen.

Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und sonstige Verschlechterungen der sozialen Lage lassen bereits schwer auf der deutschen Papierarbeiterschaft. Noch sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß in absehbarer Zeit eine Besserung der Wirtschaftslage in der nationalen und internationalen Papiererzeugungsindustrie eintritt. Die sinn- und planlosen nationalen und internationalen Rationalisierungsmaßnahmen sind zum Fluche der Papierarbeiterschaft geworden.

Das deutsche Unternehmertum wird bei anhaltender Wirtschaftskrise den begonnenen Kampf und die Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterklasse fortsetzen. Neue soziale Kämpfe stehen deshalb auch der deutschen Papierarbeiterschaft wieder bevor. Wenn zu Beginn des Jahres 1931 den deutschen Papiererzeugungsindustriellen es nicht möglich war, ihre Lohnabbauforderungen reflexlos durchzusetzen, so ist dieses lediglich auf die organisatorische Geschlossenheit der Papierarbeiterschaft zurückzuführen.

Nicht nur die Unternehmer, sondern auch weitere Feinde der Arbeiterklasse versuchen die Einigkeit der Arbeiterschaft zu unterhöhlen. Seit Monaten treibt die kommunistische Gewerkschaftsopposition mit aller Schärfe den Spaltungskrieg in die Gewerkschaften. Die Nationalsozialisten haben sich seit dem 1. Januar 1931 gleichfalls ein Spaltungsprogramm geschaffen und versuchen ebenfalls planmäßig ihre Zellenbildung in die Gewerkschaften hineinzutreiben. Grecher als je erheben, begünstigt durch die Unternehmer, die gelben Organisationen ihr Haupt.

Die Papierarbeiterschaft hat insgedessen mehr Feinde, als ihr lieb sein kann. Jede Zerbröckelung der Gewerkschaftsfront mußte die Diktatur der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer für die Zukunft erleichtern. Es gilt deshalb auch für die deutschen Papierarbeiter, sich ganz entschieden zur Abwehr zu rüsten. Der Kampf gilt nicht nur den Unternehmern, sondern allen Feinden der Arbeiterklasse, die

durch ihre Spaltungsabsichten sich bemühen — ob bewußt oder unbewußt ist gleichgültig — den Abwehrwillen der Arbeiterschaft zu unterhöhlen. Deshalb darf die Papierarbeiterschaft nicht Wankelmüt ergreifen. Im Gegenteil muß der Kampfesmut in den nächsten Wochen und Monaten entschieden gestärkt werden, um gegenüber neuen Angriffen der Unternehmer gerüstet dazustehen. Es gilt deshalb, unter der Papierarbeiterschaft neue Kämpferinnen und Kämpfer zu werben. Das ist für die nächsten Wochen und Monate die vornehmste Aufgabe unserer Funktionäre und Verbandsmitglieder.

Unter der Parole: Durch Kampf zum Sieg! muß weitere Aufbauarbeit geleistet werden, den Unternehmern zum Trotz, der Papierarbeiterschaft zum Nutzen!



Die neue Broschüre der Partei: „Räuber und Schwäger“ ist soeben erschienen. Sie ist in allen Volksbuchhandlungen, den Sekretariaten der SPD, oder direkt durch die Werbeabteilung, Berlin SW 68, erhältlich.

Nahrungsmittel-Industrie

Arbeitszeit und Löhne in der Margarineindustrie.

Nicht viele Industriezweige haben die Betriebe technisch derartig umgestellt wie die Margarineindustrie. In den Jahren 1921 und 1922 betrug die Margarineproduktion jährlich 480 000 Tonnen; die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen betrug rund 15 000. Bei gleicher Jahresproduktion wie 1922 sind gegenwärtig nur rund 7200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Arbeiterzahl ist also heute nicht halb so hoch wie 1922; die Produktion blieb die gleiche. Noch stärker tritt die Umstellung in Erscheinung, wenn man die Vorkriegsproduktion und die Zahl der Beschäftigten mit dem Jahre 1930 gegenüberstellt. Die Jahresproduktion betrug 1913 200 000 bis 220 000 Tonnen, die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen 7500. Die heutige Jahresproduktion beträgt 480 000 Tonnen, sie ist also rund 135 Prozent höher als 1913, die Zahl der Beschäftigten aber ist einige hundert niedriger. Dazu kommt noch, daß 1912/13 durchweg der Zehntelarbeitstag bestand, in den letzten Jahren aber der Achtelarbeitstag durchgeführt worden ist. Ferner kommt dazu, daß der Industrie Härtnungsanlagen und andere Betriebsabteilungen angegliedert sind, wie das in der Vorkriegszeit in diesem Umfange nicht der Fall war. Bei der eigentlichen Margarineerzeugung dürften gegenwärtig kaum 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sein.

In den letzten Monaten ist nun in vielen Großbetrieben die Fünftageswoche eingeführt, was an sich durchaus begrüßt werden kann. Geht doch unsere Forderung allgemein auf die 40-Stunden-Woche hin. Aber die Arbeiterschaft soll für die Kurzarbeit die Opfer allein tragen; damit kann sie sich nicht so leicht abfinden. Wir hatten nun mit den Arbeitgebern der Margarineindustrie im Laufe des letzten Jahres wiederholt Verhandlungen wegen Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei forderten wir, daß die Industrie mindestens einen Teil des Ausfalles trägt. Daß sie es kann, haben wir im „Proletarier“ wiederholt nachgewiesen; wir brauchen darauf heute nicht näher einzugehen. Im Oktober 1930 wurde ein Schiedsspruch gefällt, der das alte Lohnabkommen bis Ende Februar 1931 verlängerte. Ferner sah der Schiedsspruch vor, daß in den Betrieben Kurzarbeit eingeführt werden muß, bevor Entlassungen erfolgen. Vier Stunden wöchentlich sollten die Arbeitgeber von dem Ausfall vergüten. Hier war ein bescheidener Anfang für Kurzarbeit mit teilweisem Ausgleich gemacht. Diese Bestimmung des Schiedsspruches lief mit dem 28. Februar 1931 ab, während das Lohnabkommen weiterbesteht. Es galt nun, an die Stelle dieses Schiedsspruches etwas anderes zu setzen.

Wir beantragten also erneut Verhandlungen zwecks anderweitiger Regelung der Arbeitszeit und schlugen vor, für die gesamte Industrie die 40-Stunden-Woche einzuführen. Von dem Ausfall sollten die Arbeitgeber die Hälfte tragen, die andere Hälfte die Arbeiterschaft. Die Arbeitgeber lehnten eine generelle Regelung der Arbeitszeitverkürzung ab. Als Begründung wurde angeführt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu verschieden seien. Darauf machten wir den Vorschlag, gemeinsam Richtlinien herauszugeben, die bei den örtlichen Verhandlungen maßgebend sein sollten. Als Grundlinie für die Richtlinien sollte unser Vorschlag dienen. Auch dies wurde abgelehnt. Man will also weder eine generelle Regelung, noch will man einen Teil des Lohnausgleiches tragen. Die Verhältnisse sollen weitergeprüft

und später zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch einmal besprochen werden. Es muß nun den Kollegen in den einzelnen Orten überlassen bleiben, je nach den örtlichen Verhältnissen die verkürzte Arbeitszeit einzuführen, um Entlassungen zu vermeiden. In einer Anzahl Betriebe sind dementsprechende Vereinbarungen schon getroffen.

Bei den Verhandlungen spielte nun auch die Frage eine Rolle, ob man das gegenwärtige Lohnabkommen mit monatlicher Kündigungsfrist weiterlaufen lassen solle. Nach eingehender Aussprache kam eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern zustande, wonach das gegenwärtige Lohnabkommen bis zum 31. Juli 1931 verlängert wurde. Es kann zu diesem Termin erstmalig mit einmonatiger Frist gekündigt werden. Haben wir nun auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine generelle Regelung nicht erreicht, so ist es doch gelungen, eine Vereinbarung abzuschließen, wonach ein Abbau der gegenwärtigen Stundenlöhne bis zum 31. Juli d. J. nicht eintritt. Es geht also auch ohne Lohnabbau, wenn sich die Arbeitgeber nicht darauf verbißen haben, absolut den Lohnabbau mitzumachen, weil er nun einmal zu einer Modekrankheit geworden ist.

Die Margarinefabrikanten haben ihre Produktion infolge technischen Ausbaus der Betriebe dermaßen gesteigert, daß in den Großbetrieben heute in fünf Tagen die gleiche Produktion erledigt wird wie vor einem Jahr in sechs Tagen. Sie haben auf diese Weise ihren Lohnabbau durchgeführt. Aber das haben schließlich andere Industriezweige auch, und doch macht man dort den Lohnabbau mit, weil den Arbeitgebern dadurch Sondervorteile entstehen. Es verdient mehrhin festgestellt zu werden, daß es auch noch Arbeitgeber gibt, die den Lohnabbau nicht der Mode wegen mitmachen. E. Senkfeld.

Zum Lohnabbau in der Konservenindustrie.

Das Zentralproblem der heutigen Wirtschaftskrise in der ganzen Welt und im besonderen Maße in Deutschland und England ist die Arbeitslosigkeit, sie ist zugleich Ursache und Folge der Absatzstockung. Die Produktion muß eingestellt werden, weil die Kaufkraft der Massen zurückgegangen ist; Arbeiterentlassungen sind die Folge, und hieraus resultiert wieder Konsumrückgang mit den besagten Wirkungen der Feiertage und Stilllegungen.

Solche und ähnliche Betrachtungen lesen wir in der Fachzeitschrift „Die Konserven-Industrie“ häufiger. In diesem Falle wurden sie von Dr. H. Stöfger geschrieben. Immer klagt die Industrie über mangelnde Kaufkraft, Absatzstockung usw. Ganz richtig wird hier gesagt, daß bei mangelnder Kaufkraft Absatzstockung eintritt, und daß dadurch das Heer der Arbeitslosen immer größer wird. Nun tritt aber die mangelnde Kaufkraft nicht nur infolge Arbeitslosigkeit ein, sondern sie tritt auch ein, wenn man das Einkommen der Arbeitern senkt. Wie handeln nun die gleichen Unternehmer, die diese treffenden Worte über mangelnde Kaufkraft und ihre Folgen niederschreiben, in der Praxis?

Der Lohnvertrag für die Konservenindustrie, Bezirk Hannover-Braunschweig, wurde von den Unternehmern gekündigt. Dieselben Unternehmer, die nicht genug über mangelnde Kaufkraft klagen können, bestanden auf einem Lohnabbau. Die Löhne wurden dann auch für den Bezirk Hannover-Braunschweig in der Spitze um 4 Pf. je Stunde für ungelernete Arbeiter abgebaut. Dem folgte der Bezirk für den Freistaat Sachsen mit einem Lohnabbau von 5 Pf. je Stunde in der Spitze und der Bezirk Hessen mit dem gleichen Lohnabbau.

Als besonderen Grund für die Lohnsenkung führen nun die Arbeitgeber der Konservenindustrie die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage, mangelnden Absatz und die ausländische Konkurrenz infolge der Einfuhr von Frischgemüse an. Wir haben bereits in Nr. 7 des „Proletarier“ dargelegt, wie es mit der ausländischen Konkurrenz aussieht, und wollen heute nur noch kurz folgendes wiederholen: Die Einfuhr von Konserven war 1930 rund 280 000 Doppelzentner niedriger als 1929. Die Einfuhr an frischem Gemüse ist 1930 gegenüber 1929 um rund 450 000 Doppelzentner zurückgegangen. Die ausländische Konkurrenz durch Konserven und Frischgemüse war im Jahre 1930 also bei weitem nicht so groß wie 1929. Wie sieht es nun zu Beginn dieses Jahres aus?

Die Frischgemüseimport betrug im Januar 1930 320 653 Doppelzentner, im Jahre 1931 dagegen nur 217 183 Doppelzentner. Sie war also im Januar 1931 über 100 000 Doppelzentner oder rund 35 Prozent niedriger als im Januar 1930. Wiederholt wurde von den Arbeitgebern der Konservenindustrie gesagt, daß sie ihre Vorräte an Konserven absetzen könnten, wenn die Frischgemüseimport mehr unterbunden würde. Die Frischgemüseimport ist nun bedeutend zurückgegangen. Die Voraussetzungen für einen guten Absatz für Gemüsekonserven sind bei diesem Einfuhrrückgang gegeben. Wenn die Konservenindustrie trotzdem über mangelnden Absatz klagt, dann kommt das daher, daß man bei der Produktion blindlings draußens arbeitet und nicht danach fragt, ob auch der nötige Absatz vorhanden sein wird. Die Konservenindustrie behauptet weiterhin, der Lohnanteil sei zu hoch, daher müßten die Löhne abgebaut werden. Auch das stimmt nicht. Die Konservenfabrikanten haben in den letzten Jahren stark rationalisiert. Die kurze Kampagnedauer im letzten Jahre war nicht nur auf Minderproduktion, sondern auch auf starke technische Umstellung in den Betrieben zurückzuführen.

Die Konservenindustrie ist eine Saisonindustrie. Ihr Lohn ist an sich mit anderen Industriezweigen nicht gut vergleichbar. In anderen Saisongewerben hat man höhere Löhne als in ständig arbeitenden Industriezweigen. Für die Konservenindustrie trifft das, namentlich für die Arbeiterinnen, nicht zu. Im Gegenteil, die Löhne sind außerordentlich niedrig. Und dennoch machen auch die Konservenfabrikanten den Lohnabbau mit, weil sich die Arbeitgeber nun einmal in den Kopf gesetzt haben, durch Abbau der Löhne und mithin durch Verminderung der Kaufkraft die Industrie wieder in Gang zu bringen. Daß das nicht geht, davon sind die Arbeitgeber innerlich selbst überzeugt, aber sie können, da der Lohnabbau einmal im Zuge der Zeit liegt, für sich Vorteile herausholen, und dazu sind sie immer bereit.

Die Arbeiterschaft der Konservenindustrie trägt die ganzen Opfer der Rationalisierung. Die Kampagnedauer wird immer kürzer. Jetzt werden ihr infolge des Lohnabbaus weitere Opfer anferlegt. Die Kolleginnen und Kollegen in der Konservenindustrie müssen zu Beginn der Kampagne dafür sorgen, daß jeder Beschäftigte dem Verband der Fabrikarbeiter zugeführt

wird. Dann können sie durch eine geschlossene Organisation zu gegebener Zeit recht bald wieder holen, was ihnen jetzt durch rücksichtsloses Vorgehen der Unternehmer genommen wird. Also, heran an die Agitationsarbeit, sobald die Kampagne in den Betrieben beginnt! E. Senkfeil.

Zum Lohnabbau in der Blindindustrie.

Die Blindindustrie war als erste bereit, die Arbeitszeitverkürzung betriebsweise einzuführen, bzw. zu fördern, wenn auch von vornherein erklärt wurde, daß die Arbeitgeber einen Lohnausgleich dafür nicht zahlen wollten. Man hätte nun annehmen können, daß die Arbeitgeber der Blindindustrie den Lohnabbau nicht mitmachen würden. Darüber müssen sich ja auch die Arbeitgeber klar sein, daß die Arbeiter nicht bei verkürzter Arbeitszeit auch noch einen Lohnabbau ertragen können. Es soll anerkannt werden, daß der Bezirksvertrag für den Hauptbezirk Harburg-Bremen bislang noch nicht gekündigt ist. Gleichfalls ist der Bezirkslohnvertrag für Sachsen-Anhalt noch nicht gekündigt. Man darf die Hoffnung hegen, daß die Arbeitgeber hier von einer Kündigung Abstand nehmen.

In anderen Bezirken dagegen wurden die Lohnverträge gekündigt und ein Lohnabbau beantragt. Zuerst wurde in Heilbronn über einen Lohnabbau verhandelt. Der Spitzenlohn wurde um 2 bis 3 Pf. pro Stunde gesenkt und der Vertrag auf kurze Zeit neu abgeschlossen. Für den Bezirk Rheinland wurde ein Lohnabbau von 12 Prozent beantragt. Bereits im bezirklichen Schlichtungsausschuß aber verständigte man sich dahingehend, daß der Lohn für die drei Konzernbetriebe am Niederrhein mit 1,10 Mark pro Stunde in bisheriger Höhe bestehen bleiben soll. Es sollte also für etwa 800 Arbeiter in diesem Bezirk ein Lohnabbau nicht eintreten. Für die übrigen Betriebe, in denen knapp 400 Arbeiter beschäftigt sind, und in denen der Stundenlohn 83 bis 88 Pf. beträgt, wurde der Lohnabbau weiter gefordert. Dabei handelt es sich hier durchaus nicht um lauter Kleinbetriebe.

Unter Mitwirkung des amtlichen Schlichters wurde dann der Stundenlohn für die Ortsklasse Ia, also für ungefähr 800 Arbeiter, in bisheriger Höhe mit 1,10 Mark pro Stunde festgesetzt. In den übrigen Ortsklassen trat ein Abbau bei den Spitzenlöhnen von 2 bis 3 Pf. ein. Der Abbau beträgt etwa 3,5 Prozent. Es soll anerkannt werden, daß der Lohnabbau dann nicht eintritt, wenn in den Betrieben die verkürzte Arbeitszeit eingeführt wird. Immerhin aber bleibt es ein starkes Stück, daß man die höchsten Löhne für 800 Beschäftigte bestehen läßt, die niedrigsten aber abbaut, lediglich, weil der Lohnabbau nun einmal im Zuge der Zeit liegt. In den übrigen Bezirken forderten die Arbeitgeber für Hamburg einen Lohnabbau von 13 Pf. pro Stunde und in Steffin 15 Prozent. Beschwerden sind die Arbeitgeber hier also durchwegs nicht. Für Mannheim wurde ein Abbau von 12 Prozent gefordert, für Brandenburg liegt eine bestimmte Forderung noch nicht vor.

Die Beschäftigten begründen ihre Anträge auf Lohnabbau mit der schlechten Lage der Industrie. Dabei hat sich keine Industrie nach dem Kriege so günstig entwickelt wie die Blindindustrie. Im Jahre 1913 arbeiteten in Deutschland rund 110 Betriebe, die man als Blindfabriken ansprechen konnte. Diese verarbeiteten rund 17 Millionen Doppelzentner Saaten oder je Betrieb im Durchschnitt 154 500 Doppelzentner. 1929 arbeiteten etwa 45 Betriebe, diese verarbeiteten 25,8 Millionen Doppelzentner Saaten oder pro Betrieb 573 900 Doppelzentner. Im Jahre 1930 ging die Saatenverarbeitung etwas zurück. Es wurden ungefähr 23 Millionen Doppelzentner Saaten von ebenfalls 45 Betrieben verarbeitet, so daß die durchschnittliche Saatenverarbeitung pro Betrieb 511 100 Doppelzentner betrug.

Die Arbeitgeber der Blindindustrie sagen, der Industrie gehe es schlecht, deshalb würden die vielen Betriebe stillgelegt. In Wirklichkeit ist es so, daß die großen Betriebe die kleinen an die Wand drücken. Wenn ein Betrieb heute mehr als das Dreifache im Durchschnitt an Saaten verarbeitet als 1913, dann kann man mit dem besten Willen nicht behaupten, daß es der Industrie schlecht geht. Von den 45 arbeitenden Betrieben müßte man aber eigentlich noch 7 bis 8 Betriebe abziehen, die kaum ein Dutzend Leute beschäftigen. Dadurch steigert sich die Produktion für die übrigen Betriebe noch wesentlich. Es gibt kaum einen zweiten Industriezweig in Deutschland, in dem die Produktion pro Betrieb dermaßen gesteigert wurde wie hier. Die Betriebe sind technisch gut ausgestattet. Die Arbeitsleistung der deutschen Arbeiter ist anerkanntermaßen die beste. Der Lohnanteil in der Blindindustrie beträgt kaum 6 Prozent, in gut ausgestatteten Betrieben ist er noch niedriger. Eine Industrie, für die all dieses zutrifft, hat es wirklich nicht nötig, die Löhne abzubauen, weil sie die Lohnlasten nicht tragen kann. Der Lohnanteil spielt in der Blindindustrie fast gar keine Rolle.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß der Lohnabbau im Zuge der Zeit liegt, und daß ein Teil der Blindfabrikanen durch diesen Lohnabbau Sondererlöse für sich herausholen will. Wenn die Saatenverarbeitung im letzten Jahre in Deutschland zurückging, dann dürfte das in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß der Univer-Konzern, nachdem er seine Produktion ausgebaut hat, Saaten, die er früher im Veredelungsverkehr in Deutschland schlugen ließ, heute in anderen Ländern verarbeitet läßt. Dadurch wird aber die deutsche freie Industrie nicht getroffen. An der Arbeiterfrage wird es liegen, ihre Organisation zu auszubauen, daß sie bei gegebener Gelegenheit sich das wiederholt, was ihr jetzt durch rücksichtsloses Vorgehen der Arbeitgeber genommen wird. E. Senkfeil.

Berichte aus den Zahlstellen.

Levertanen. Ein unerwarteter Wahlwandel der Nationalsozialisten in den Betrieben der L.G. Werk Levertanen, aufgedeckt worden. Die Nazis hatten eine Liste zum Bestehen aufgestellt. Mit Hilfe und Kraft hatten sie kaum die Hälfte der notwendigen Vertreter und Stellvertreter zusammengeschafft. Aber auch diese kleine Anzahl von willigen Kapitulanten erwies sich als viel zu groß. Bei Prüfung der Zusammenfassungen stellte sich heraus, daß ein großer Teil der Unterschriften gefälscht

war. Sogar die drei Unterschriften der Listenvertreter waren gefälscht. Wahrscheinlich diese Gesellschaft übertrifft an Skrupellosigkeit, Frechheit und Dummheit sogar die rasend gewordenen NSD, von denen wir allenthalben starken Lobak gewöhnt sind. Die Wahlvorstände bei den Betriebswahlen haben alle Ursache, die Unterschriften mal gehörig unter die Lupe zu nehmen, es erscheint wohl nicht ausgeschlossen, daß nach „Nichtlinien“ gearbeitet wird.

Limburg a. d. Lahn. Am 8. März fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. In dem Geschäfts- und Kassenbericht des Kollegen Geeger konnte die erfreuliche Tatsache erwähnt werden, daß durch den Abtritt der Kollegen aus der Steedener Ecke heute die im Bezirk Lahn vorhandene Arbeiterschaft mit fast 90 Prozent in unserem Verband organisiert ist. Diese Tatsache konnte auch von der Mineralwasserindustrie in der Lahnberger Ecke verzeichnet werden, wo anlässlich eines Vortrages der Kollegin Jammert auch die Kolleginnen dieser Industrie fast restlos zu uns gestoßen sind. Bei der Wahl der Verwaltung trat der Kollege August Bruchhäuser aus Staffel (Porzellaner) von seinem Amt als 1. Bevollmächtigter zurück, da er durch auswärtige Arbeitsaufnahme behindert ist, das Amt so zu verwalten, wie es im Interesse der Zahlstelle unbedingt notwendig ist. Die Versammlung ließ dem Kollegen Bruchhäuser durch ihren jetzigen 1. Bevollmächtigten für seine langjährige Tätigkeit innerhalb des Zahlstellenverbandes des Fabrikarbeiterverbandes den herzlichsten Dank aussprechen. Für den Kollegen Bruchhäuser wurde Kollege Appel aus Steeden in den Vorstand gewählt. Im übrigen wurde der Gesamtvorstand in seiner bisherigen Besetzung wiedergewählt, Kollege Jakob Zimmermann (Sohnstättchen) als 1. Bevollmächtigter.

Die

besten Kollegen und Kolleginnen sind für das wichtige Amt des Betriebsrats gerade gut genug. In enger Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften sollen die Betriebsvertretungen die Interessen der Arbeitnehmer dem Unternehmer gegenüber wahren. Dazu müssen wir die

besten

Kräfte auswählen, die von der Notwendigkeit dieses engen Zusammenarbeitens mit ihrer freien Gewerkschaft fest überzeugt sind, die nicht blind den Anweisungen der Moskauer Zentrale für die Zerstörung und Spaltung der Gewerkschaften folgen. Wirkköpfe, die die Arbeiterschaft in aussichtslose Streiks hegen,

sind

alles andere eher, als geeignet, die Vertrauensstellung im Betriebsrat zu bekleiden. Nazis, Stahlhelmer und Werkvereiner, die sämtlich im Solde der Unternehmer stehen und von ihrer Gnade abhängen, sind Feinde der Arbeiterschaft und dürfen nicht Funktionäre werden. Überlege daher

gut

und reißlich, wen du in die Betriebsräte wählst! Gewähre für eine erfolgreiche Vertretung deiner Interessen, für eine ernsthafte und eifrige Bearbeitung aller Fragen, die das Wohl der Arbeiterschaft im Betriebe betreffen, bieten die Kandidaten, die auf der Vorschlagsliste deiner Organisation stehen. Bedenke, für den Arbeiterrat sind die besten Kollegen und Kolleginnen gerade gut

genug.

Braunschweig. Wieder einer unserer Alten tot! Franz Herrmann, der seit 1896 Mitglied unseres Verbandes war, ist nach kurzem Krankenlager am 10. März gestorben. Durch sein ständiges Wirken für den Verband und die Arbeiterbewegung hat er sich bei der Arbeiterschaft viele Freunde, bei den Unternehmern dagegen viele Feinde zugezogen. Wiederholt ist er gemagtregelt und von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle gejagt worden, ohne Arbeit zu finden. Der Name Herrmann war bei den Arbeitgebern verhasst. Es ist ihm von dem Kampf und von den Nöten eines Proletarierlebens nichts erspart geblieben. Trotzdem hat er von seinen Grundlügen nichts nachgegeben. Überall dort, wo es galt, Arbeiterinteressen zu vertreten, stand er an erster Stelle.

Seit 35 Jahren kämpfte er in seiner gewerkschaftlichen Organisation, ebenso eifrig war er auch in der Sozialdemokratischen Partei und im Reichsbanner tätig. Innerhalb der Arbeiterbewegung gab es keine Arbeit, an der er sich nicht beteiligte. Auch jetzt, trotzdem er körperlich zermüdet, seit 1928 Invalide war und im Alter von 63 Jahren erreicht hatte, wirkte er noch mit.

Er war seit langen Jahren Gemeindevorsteher seines Wohnortes in Lhede. Bei den diesjährigen braunschweigischen Kommunalwahlen war er hervorragend bei den Vorarbeiten tätig. Dabei zog er sich eine starke Erkältung zu, deren Folgen ihn schließlich auch dahintrafen. Er ist in den Seelen gestorben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten und ihn den jüngeren Generationen stets als leuchtendes Beispiel in Erinnerung rufen!

Steffin. Was geht in der Feldmühle vor? Auf der Papierfabrik „Feldmühle“, Odenmünde, herrschen furchtbare Zustände; einer wird wegen Arbeitsmangels entlassen, ein anderer neu eingestellt. So erging es auch einer Arbeiterin im Laboratorium, die am 26. März 1930 wegen Arbeitsmangels entlassen wurde. Einige Tage später erschien auf derselben Arbeitsstelle eine Dame, die Frau Rodow-Koibe, und wirkte um so dramatischer. Die Hauptzeit ihrer Tätigkeit verbrachte und verbringt sie damit, daß sie auf die Judenregierung, die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften schwört, weil diese sich daran setzen, daß sie als „schuldig“ geschiedene Frau von ihrem früheren Ehemann keine Unterhaltungsunterstützung empfängt. Bei ihrem Verdienst von wöchentlich 25 Mk. bleibt nicht viel übrig, daß sie sich Strümpfe kaufen kann. Darum ging sie auch immer barfuß. Im Dritten Reich werden natürlich bessere Verhältnisse gemacht, dort wird jede Frau auch mehr Rechte erhalten. Durch ihr zu vieles und zu lautes Reden und durch ihre mindere Arbeitsleistung wurde der Betriebsleiter aufmerksam und versuchte sie loszuwerden. Die Betriebsleitung

dachte aber anders und brachte die Dame auf den Papieraal an den Mustertisch, wozu nur die äufferst Föhigen berufen sind. Es wird saubere Arbeit verlangt, aber bei der Naziagitatorin muß man die Leistung übersehen. Der Arbeitsmittel dieser Dame ist mit Hakenkreuzen geziert, und die stahlhelmähnliche Kappe mit Hakenkreuzen hat ihr den Spitznamen „Nazi-Madonna“ eingebracht. Die übrigen Arbeiterinnen müssen verhärtet arbeiten und wochenlang aussetzen. Wenn sie dagegen protestieren, droht ihnen die Entlassung. Die Behandlung der Arbeiterinnen läßt sehr zu wünschen übrig. Ausdrücke wie „faules As“ und andere Kofenamen werden gelegentlich ausgesprochen. Auch das Lachen wurde verboten. Arbeiterinnen, der Leschenbund will euch nicht helfen, sondern untertänig machen. Können die Nazis euch helfen? Nein! Wollen sie euch helfen? Nein! Unterdrücken wollen sie euch. Einige Beispiele: Der Nazi-führer Dr. Feder sagte: „Die Frau soll wieder Magd und Dienerrin werden.“ Der Ausspruch des Nazi-führers Dr. G o e b e l s in seinem „Angriff“ anlässlich der Ernennung einer Wiffessorin zur Vorsitzenden des Charlottenburger Schöffengerichts beweist, daß es nach Nazibegriffen eine Herabwürdigung der Rechtspflege bedeutet, wie sie ärger kaum gedacht werden kann, wenn eine Frau Richter wird. Unter den 107 Naziabgeordneten im Deutschen Reichstage ist keine Frau! Der „Völkische Beobachter“ (Nazi) vom 12. November 1930 bringt die Photographien von sechs weiblichen Reichstagsabgeordneten unter der Überschrift „Aus dem Jurgarten des Parlamentarismus“. Also die Frau soll politisch enteignet werden, soll auch die winzigen Anfänge ihrer heutigen gesellschaftlichen und persönlichen Freiheit nach dem Willen der Nazis verlieren. Kolleginnen der Feldmühle! Euer Platz ist im Verband der Fabrikarbeiter und in der Sozialdemokratischen Partei, die seit Jahrzehnten für die Gleichstellung beider Geschlechter in allen Fragen des gesellschaftlichen Lebens kämpfen. Werdet Mitglied und unterstützt den freigewerkschaftlichen Betriebsrat, damit ihr im Produktionsprozeß auch als Mensch behandelt werdet.

R. Lersow.

Steffin. „Feldmühle“-Willkür. Unter dieser Überschrift brachten wir in der Nr. 9 des „Proletarier“ einen Artikel, der sich mit den Verhältnissen in der „Feldmühle“ beschäftigte. Die Ausführungen haben die Welsen und deren Verbändete auf den Plan gerufen! Es wurde ein Flugblatt innerhalb des Betriebes während der Arbeitszeit verteilt, worin die Anwürfe gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder, die wir von Otto Friedrich, Wasserwerk (nicht identisch mit dem Freigewerkschaftler, Parteigenossen und Reichsbannerkameraden Otto Friedrich vom Holzplatz), seit langen Jahren kennen, wiederholt und durch neue Lügen ergänzt werden.

Die Direktion hat in diesem Pamphlet warme Fürsprecher gefunden, und der Pamphletist und seine Dunkelkammer bemühen sich außerordentlich, den freigewerkschaftlichen Betriebsrat bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen. Aber diese Leute, die den Kampf gegen die Bonzen und ihren Anhang führen, haben aus Freiheit keinen Namen unter die Sudelschrift gesetzt. Eine Unterschrift wie „ein Metall- und ein Fabrikarbeiter, die den Betrug der roten Gewerkschaften aus eigener Erfahrung erkannt haben“, läßt darauf schließen, daß gekaufte Subjekte hinter den Unterschriften stehen.

Auch die Kommunisten als Hilfstruppen werden umschmeichelt. U. a. sollen Molkenhahn und die Bonzen der Belegschaft den Lohnabbau aufgezwungen und Molkenhahn den Prämienabbau aufgezwungen haben. Ist Molkenhahn der Generaldirektor?

Die Arbeiterschaft ist der freien Organisation Dank schuldig für die Verhandlungsführung, ohne diese wären die Abzüge erheblich größer geworden. Die „Feldmühle“-Werkzeitung in Odenmünde hat in den zurückliegenden Nummern genügend Abhandlungen hierüber gebracht. Friedrich selbst setzte sich in einer Betriebsversammlung der „Feldmühle“ für einen Lohnabbau ein. Es gehört allerdings eine besondere Eigenschaft dazu, das zu leugnen und andere zu beschuldigen.

Den freien Gewerkschaften ist es verboten, Flugblätter im Betriebe zu verbreiten. Friedrich, obwohl kein Betriebsratsmitglied, kann sich das erlauben. Wer will sein Freund sein? Sein früherer Vorsitzender oder Bezirksleiter im R. v. U., Hans E h l e, hat ihm in einer Betriebsversammlung der „Feldmühle“ schwere Beschuldigungen vorgeworfen. Friedrich brüskete sich auch in einer Betriebsversammlung, daß er, obwohl kein Betriebsratsmitglied, doch mit der Faust beim Direktor Benzinger auf den Tisch schlug, daß das Linsenmaß in die Höhe flog. Das Völkische der Versammlung quittierte für die ausgefallene Angst des Direktors.

Die Betriebsratwahl steht vor der Tür, darum auch die große Verleumdungskampagne von gegnerischer Seite. Warum wird der jetzige Betriebsrat angefeindet? Weil er die Interessen der Arbeiterschaft ohne Ansehen der Person vertreten hat und Einsprüche, auch der Unorganisierten, wenn sie im Recht waren, statfgab.

Arbeiter der „Feldmühle“, seid auf der Hut! Nur der Verband der Fabrikarbeiter und die SPD. wahren eure Rechte.

R. Lersow.

Verbandsnachrichten.

Schwindereien des Oskar Mannheim.

Diesem gemeingefährlichen Schwindler, vor dem schon in der Nr. 7 des „Proletarier“ gewarnt wurde, ist es wiederum gelungen, von einigen Zahlstellen unter betrügerischen Angaben Lokalunterstützungen zu erlangen. Oft wählt er für seine unerwünschten Besuche solche Stunden, in denen der Angestellte abwesend ist und von der Vertretung dem Betrüger leichter Glauben geschenkt wird. Mannheim, der sehr sicher und gewandt auftritt, verfügt auch über Ausweise der SPD. und des Reichsbanners, die ebenfalls gefälscht sein dürften. Wir ersuchen alle unsere Zahlstellen um schärfste Aufmerksamkeit, damit diesem dreiften Betrüger endlich einmal das Handwerk gelegt wird.

Ausgeschlossen

wurde gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle W i s s e n s b u r g: Leonhard Schneider, Mitgl.-Nr. 566 618, und gemäß § 14 Ziffer 3a und c in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle L e e r (Ostfriesland): Bernhard de Vries, Mitgl.-Nr. 943 706.

Literarisches.

Die Frau im Dritten Reich. Die neue Broschüre von Dr. W. Hoegner, Nr. 2, bringt viel Aufklärung und viel Entwarnung. Der Verlag J. S. W. Diez Raab, Berlin, bringt die 16 Seiten starke Broschüre dankenswerterweise zum niedrigen Preise von 20 Pf. heraus.

Wasserscheit, M. d. R. Die Fackeltruppe, eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Preis 30 Pf. Verlag J. S. W. Diez Raab, O. m. b. H., Berlin.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Gotthard Erdmann. Heft 2 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,50 Mk.

Die Lebenshaltung des Eisenbahnerpersonals. Verlagsgesellschaft Deutscher Eisenbahner m. b. H., Berlin W 50. 160 Seiten. Preis broschiert 3,50 Mk., Organisationspreis 1,75 Mk.

Das Nachschwermetall und sein Einfluß auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Bergbau. Verlag: Verband der Bergbauingenieur- und Bergbauarbeiter, Berlin. Wer sich über diese Frage orientieren will, findet in dieser 20 Seiten ausföhrlichen Broschüre das Wichtigste von berufener Hand geschildert.

Erwerbslosigkeit. Le Tra d u c t e u r, französisch-deutsches Sprachlehr- und Wörterbuch. Nach wie vor ist die anregende Art, sich in der französischen Sprache mit Hilfe dieses Wortes zu üben und zu vervollkommen, bestens empfohlen. Preis: broschiert durch den Verlag des Producteur in La Chapelle de Fonds (Schweiz).

Chemische Industrie

Neues vom Bedaug-System.

Folgendes Schreiben ging uns von einem Bedaug-Stopper zu:

Die häufigen Artikel über Bedaug geben mir Veranlassung, auch dazu beizutragen, daß dies schändlichste aller Ausbeuter-systeme an den Pranger gestellt wird. Aus meiner langen Tätigkeit als Bedaug-Stopper weiß ich, daß das Bedaug-System zu zirka 70 Prozent Betrug ist.

Diese Erkenntnis bricht bei der Mehrzahl der Bedaug-Stopper immer mehr durch. Nur sagt es keiner, weil er sonst abgeschoben würde, wie es mit einigen bereits geschehen ist. Das ist übrigens eine Maßnahme, die die schlechte Meinung über Bedaug nur bestätigt, denn hätte Bedaug reine Wäsche, ...

Ich bin (nicht allein) der Ansicht, daß wir uns bei gefundenen Wirtschaftsverhältnissen nicht über Bedaug zu unterhalten brauchen. In Anbetracht der schlechten Zeit und ihrer Bedingungen bitte ich, meinen Namen nicht bekanntzugeben, da es mir sonst auch an den Krügen ginge. (Folgt Name.)

Beiliegend gebe ich einige Aufnahmen als Beweise für meine folgende Beschreibung. Die Veröffentlichung wird manchem Kollegen im Betriebe im Kampfe gegen Bedaug nützlich sein. Aus den Aufnahmen Nr. 1 interessieren in der Hauptsache zwei Elemente. Sie lassen die ganze gemeine Methode und den „wissenschaftlichen“ Betrug des Bedaug-Systems deutlich erkennen.

Es sind dies die Elemente: 1. Formen auswaschen und 2. Artikel aus der Form nehmen. Die Kalkulation ergibt für das erstere folgendes Bild:

(Es handelt sich immer um ein und dieselbe Form, bei verschiedenen Leuten aufgenommen.)

Kalkulation

Formen auswaschen (mit Seifenwasser).

Zeit	Geschwindigkeit
10—II	65—II
11—III	63—I
12—III	60—II
13—III	60—III
14—III	60—II
15—II	60—II
16—III	60—II
17—II	60—I
18—I	60—I
19—I	60—I
20—I	60—I

Gewählt ist hier: 12 Sek. mit einer 60er Geschwindigkeit. Die Verschiedenheit der Zeit entsteht nicht dadurch, daß der Arbeiter langsamer oder schneller arbeitete, sondern er hat die Arbeit mal mehr, mal weniger sorgfältig gemacht, d. h. in der kurzen Zeit ist nicht soviel Seifenwasser in die Form gekommen, wie in der langen. Bedaug nimmt durch die Wahl der 12 Sek. wenig Seifenwasser an.

Das nächste Element: Artikel aus der Form nehmen. (Immer dieselbe Stückzahl.)

Kalkulation

Zeit	Geschwindigkeit
30—I	65—I
32—I	65—I
34—I	65—I
36—II	65—I
38—III	60—I
41—II	60—III
43—III	60—I
45—III	60—III
50—III	60—II
60—III	60—II
70—II	60—I

Bedaug wählt hier 38 Sek. mit einer 60er Geschwindigkeit.

Diese Zeitstreuung ergibt sich wieder nicht daraus, daß der Arbeiter langsam oder schnell arbeitete, sondern die Artikel saßen einmal fester, das andere Mal loser in der Form.

Bedaug sagt durch die Wahl von 38 Sek.: Die Artikel haben los zu sitzen, wenn es einmal geht, muß es immer gehen.

Man denkt aber nicht daran, daß das Festen der Artikel in der Form davon abhängig ist, wieviel Seifenwasser in die Form getan wurde. Zusammenfassend kann man sagen: 1. Beim Auswaschen der Form mit Seifenwasser wählt Bedaug in der kurzen Zeit, d. h. wenig Wasser. Demnach sitzen die Artikel fest. 2. Beim Herausnehmen der Artikel aus der Form wählt Bedaug wieder in der kurzen Zeit, nimmt damit an, daß diese Artikel lose gefessen haben und in der Zukunft lose sitzen werden, sagt damit also: Viel Wasser muß in die Form. Wie reimt sich das zusammen?

Ein Kommentar hierzu ist überflüssig, jeder kann das „Wissenschaftliche“ des Systems sofort erkennen. Stopper-Karnickel.

Stillelegungen in der Kallindustrie.

Infolge Absatzmangels in der Kallindustrie sind in der Provinz Hannover die Kallwerke „Siegfried-Giesen“ und „Ronnenberg I“ schon seit mehreren Wochen stillgelegt. Die Stillelegungen sind nur für vorübergehende Zeit gedacht, um, wenn die Lagerbestände geleert sind, die Produktion wieder voll aufnehmen zu können.

Dagegen hat der Wintershall-Konzern für das Kallwerk „Bernterode“ im Südbarz vor einiger Zeit den Antrag auf Stillelegung gestellt. Gegen diesen Antrag wurde von der Landesbehörde Einspruch erhoben. Angeblich läßt sich die Stillelegung aber nicht vermeiden, denn trotz des Einspruchs sind bereits 40 Angestellte und 260 Arbeiter entlassen. Der Übertagsbetrieb mit der Verladung wird von wenigen Angestellten und 25 Arbeitern aufrechterhalten. Außerdem soll

der Wintershall-Konzern der Belegschaft des Kallwerkes „Alexandershall“ mitgeteilt haben, daß auch dieser Betrieb vorübergehend stillgelegt wird. Ebenso nimmt der Konzern Westeregeln anscheinend eine vorübergehende Stilllegung des Kallwerkes „Kohleben“ vor, denn zum 12. März haben 560 Mann der Belegschaft die Kündigung erhalten. Eine Quotenübertragung kommt hier anscheinend nicht in Betracht. Bis jetzt ist von der Werksleitung ein diesbezüglicher Antrag noch nicht gestellt. Die Maßnahmen sind lediglich auf Absatzmangel zurückzuführen.

Die Feierlichkeiten und Stillelegungen in der Kallindustrie nehmen mit der Zeit beängstigende Formen an. Von 229 Kallwerken sind augenblicklich nur 32 Förderwerke und etwa 30 Fabriken in Betrieb, und davon sind fünf Werke vorübergehend stillgelegt. Allein seit dem Jahre 1925 sind in den Grubenbetrieben 217 Schüttelkrüsen und 372 Schrapper eingeführt. In den Fabrikbetrieben, in denen der Produktionsvorgang vom Rohsalz bis zum fertigen Produkt früher auf drei Tage berechnet war, werden heute infolge Anwendung von Vakuumkühlern und Zellenfiltern nur noch drei Stunden gebraucht. Der „Siegesszug der Technik“



Bestell-Nr. — 302 — der Unfallverhütungsbild G. m. B. H. / Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Jeder Mensch, der über einen Gegenstand stolpert, der fahrlosigweise im Wege steht oder liegt, wird kräftig zu schimpfen anfangen. Und er hat auch durchaus recht, wenn er eine derartige Achlosigkeit und Rücksichtslosigkeit mit scharfen Worten rügt.

Wer aber ist frei von Schuld auf diesem Gebiet? — Wie unendlich oft wird „nur für einen Augenblick“ ein Stuhl oder Schemel, ein Werkzeugkasten, ein Arbeitsstück, ein Brett oder eine Kiste beiseitegestellt und dann ganz vergessen. Man unterschätze nicht die Gefahr eines einfachen Falles oder Sturzes auf ebener Erde! Sind doch im letzten Berichtsjahr des Statistischen Reichsamts 39 518 Unfälle, darunter 49 tödliche, allein in den berufsvereinigungsähnlich versicherten Betrieben vorgekommen.

hat sich seit dem Jahre 1925 so ausgewirkt, daß in dieser Zeit mehr als 12 000 Arbeiter zur Entlassung gekommen sind. Die Maschine, welche der Menschheit zum Segen sein könnte, wird den Arbeitern in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Fluch, und doch könnte sie ihren Zweck erfüllen, wenn die Arbeit, die sie zu ihrer Bedienung erfordert, auf möglichst viele Arbeiter verteilt wird. Das wird aber nur möglich sein durch ganz entschiedene Verkürzung der Arbeitszeit. Es gibt kein anderes Mittel, das Arbeitslosenheer zu verringern. Die Arbeitszeit muß sich der Struktur der Wirtschaft bzw. der Industrie anpassen. Die Struktur der Kallindustrie ist heute derart, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig ist.

Die Kallarbeiter haben Mehrarbeit geleistet, als die volkswirtschaftlichen Interessen es erforderten. Sie werden sich auch in Zukunft den Bedürfnissen der Wirtschaft nicht verschließen. Wenn aus diesen Erwägungen heraus von den vertragschließenden Organisationen das Mehrarbeitsabkommen verlängert würde, haben sich die Verhältnisse in den letzten Monaten doch so gründlich geändert, daß die Mehrarbeit in der Kallindustrie der Öffentlichkeit gegenüber heute nicht mehr verantwortet werden kann. wh.

Verschiedene Industrien

Leipziger Frühjahrsmesse.

Spielwaren, Blumen, Federn, Karneval- und Festartikel, Christbaumschmuck und Reklameartikel.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1931 ist am Sonntag, dem 1. März, eröffnet worden. Der In- und Auslandsbesuch hat die Erwartungen wesentlich übertroffen. Bereits am Tage vor der Messe waren 68 Sonderzüge in Leipzig eingetroffen, darunter 4 mit Messebesuchern aus Holland, 3 aus England, 2 aus Frankreich, je 1 aus Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Auch am Sonntag kamen zahlreiche Sonderzüge in Leipzig an. Insgesamt waren an Messetags- und Verkehrsbesuchern über 200 angemeldet. Bereits seit dem 28. Februar weilen schätzungsweise 70 000 Messebesucher in Leipzig; am Eröffnungstage waren 100 000 weiß überzogenen.

Der Charakter der Leipziger Messe wird durch die Gliederung der Aussteller nach Heimatort und Branche besonders beleuchtet. Von den 7863 reichsdeutschen Ausstellern stammen rund 40 Prozent aus Preußen, 25 Prozent aus

Sachsen, je 10 Prozent aus Bayern und Thüringen. Fast 17 Prozent der reichsdeutschen Aussteller sind aus Berlin gekommen.

Die deutsche Spielwarenindustrie hatte 712 Aussteller zu verzeichnen und 16 406 Rechnungsmeter Ausstellungsraum belegt. Angeboten wurden: Papp-, Papier-, Stoff-, Zelluloid-, Gummi-, Holz- und Metallspielwaren aller Art, dazu Puppen, Karnevalsartikel, Christbaumschmuck und Spiele in reichhaltiger Auswahl. Als Messebesucher galt die Mickmaus. Sie war aus allen für die Spielwarenindustrie in der Hauptsache in Frage kommenden Rohstoffen angefertigt. Die Nachfrage des In- wie des Auslandes nach Spielwaren war wegen der in der letzten Zeit erfolgten Räumung der Lagerbestände angeregt. Disponiert wurde aber vorsichtig. Dies läßt die Kundschaft erkennen, daß den jetzt erfolgten Käufen größere Nachbestellungen bei weiterer Klärung der Wirtschaftslage folgen werden. Am meisten interessieren Spielwaren, deren Preislage den heutigen Verhältnissen entspricht.

Die ausländische Konkurrenz in Spielwaren war auf der Messe stark vertreten. So zeigte Österreich Spielwaren aus Stoff und Gummi, dazu Charakterpuppen in guter Qualität, England Spielwaren aus Papp-, Papier-, Gummi und Zelluloid. Polens junge Spielwarenindustrie bot zum Verkauf an: Spielwaren aus Papiermache, Stoff, Zelluloid. Die Tschechoslowakei zeigte neben Holzspielwaren Musikspielwaren, Scherz-, Juch- und Zugartikel, Papiermache-Spielwaren, Textilspielwaren und Kinderspielwaren aus Glas und Porzellan. Japan bot seine Zelluloid-Spielwaren an, Italien Spielwaren aller Art. Der Puppentyp, den die Italiener zeigten und der vor einigen Jahren seines Geschmacks wegen Aufsehen erregte, wirkt heute als veraltet.

Die Kunstblumenindustrie hatte die Messe besichtigt mit Artikeln aus Stoff, Papier, Papiermache, Papp-, Glas, Zelluloid, Metall, Wachs und Wolle. Aussteller nahmen teil aus den Bezirken Köln, Berlin, Sebnitz, Sonneberg, Neustadt i. Sa., Dresden, Göppingen, Magdeburg, Frankfurt, Regensburg, Obernau, Zwickau, Freiberg, Steinach, Weierthal, Leipzig, Ilmenau und einer Reihe Bezirke aus der Tschechei und aus Österreich. Auffallend war bei den gezeigten Artikeln, daß bei der Rohstoffverwendung für Kunstblumen eine starke Verschiebung vor sich gegangen ist. So werden z. B. aus Glas jetzt fast alle Blumenarten nachgemacht. Hervorragendes hat auf diesem Gebiete die tschechische Glasindustrie geleistet.

Der Verkauf von Kunstblumen auf der Messe hat im allgemeinen unter ähnlichen Verhältnissen stattgefunden, wie bei Spielwaren zum Ausdruck gebracht.

Die Reklame-Messe zeigte viele Neuheiten in mechanisch-beweglichen Puppen und Tieren in Lebensgröße. Sehr oft sieht man Tiere und Menschen nachgeahmt, in Gruppen zusammengestellt, vorteilhaft wirken. Die Herstellung von Reklameartikeln wird in der Spielwarenindustrie vorgenommen. Der Absatz anlässlich der Messe war gut.

Die deutsche Karneval- und Festartikelindustrie zeigte reichlich Neuheiten auf. Der Verkauf an das Inland und Ausland war, nach Berichten der Verkäufer zu schließen, nicht schlechter als in den beiden vorhergehenden Jahren. Der In- und Verkauf von Federn war den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend normal. S. Eiflein.

Heimarbeit in Österreich.

Das österreichische Bundesministerium für soziale Verwaltung hat unter dem 12. Dezember 1930 drei Verordnungen über Gesundheitsschutz in der Heimarbeit erlassen. Danach ist die Herstellung, Bearbeitung und Verpackung von Zucker- und Schokoladenwaren in Heimarbeit verboten. Die Arbeiten, bei deren Ausführung Blei, bleihaltige Legierungen, Farben oder Stoffe, ferner Quecksilber oder Quecksilberverbindungen verwendet werden, dürfen nur dann an Zwischenmeister und Heimarbeiter vergeben werden, wenn der Bleigehalt der betreffenden Legierungen weniger als ein Hundertstel beträgt oder die zu bearbeitenden Gegenstände mit mehr als einem Hundertstel Bleigehalt mit einem bleifreien Überzug versehen sind. — Bei der Herstellung und Verarbeitung von Zelluloidwaren in Heimarbeit sind die Unternehmer verpflichtet, die Adressen der von ihnen beschäftigten Zwischenmeister und Heimarbeiter dem Gewerbeinspektorat anzuzeigen und den beschäftigten Arbeitern ein Merkblatt für die Verarbeitung von Zelluloid in Heimarbeitsstätten auszuhändigen, das in seinen Forderungen weitgehend mit der deutschen Verordnung über Zellhorn (vgl. Jg. 39 S. 51 Sp. 1194) übereinstimmt. Als Zelluloidwaren gelten Waren aus brennbaren Stoffen, die aus nitrierter Zellulose oder chemisch ähnlichem Stoff und aus Kampfer- oder anderen Füllmitteln bestehen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Jahreshauptversammlung 1931 der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die diesjährige (VIII.) Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene findet vom 21. bis 23. September in Nürnberg statt. Hauptverhandlungsthemen sind: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene“ und „Arbeit und Kleidung“.

Kurze angemeldete Referate über wichtige Beobachtungen und Forschungsergebnisse auf gewerbehygienischem Gebiet ergänzen die Tagesordnung.

An die Jahreshauptversammlung schließen sich eine ärztliche Jahresstagung und ein allgemeiner gewerbehygienischer Vortragskurs an.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Kundschau.

Neues vom Großen Brockhaus.

Wie wir schon erfahren, wird der achte Band dieses größten vollständigen deutschen Nachschlagewerks Ende März d. J. erscheinen. Er wird alle Stichwörter umfassen, die mit dem Buchstaben H beginnen. Wir kommen nach Erscheinen des Bandes darauf zurück.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Das blaue Wunder.

Von O. Schmeißer.

Hermann Schulze kehrte mit seiner Frau von einem Vergnügen heim. Es war spät geworden, schon weit nach Mitternacht, und Klara Schulze war sehr müde. Das war kein Wunder, hatte doch Herrmann wieder eine Anzahl guter Freunde gefunden und mit ihnen das Fest auf seine Weise gefeiert. Dabei waren sie in eine sehr fröhliche Laune geraten, bis auf einmal Frau Klara zwischen ihnen stand und ihrem Hermann erklärte, daß sie nun nicht mehr länger zusehen wolle, wie er sich wieder einen dummen Kopf hole, sie gingen nun nach Hause. Andere Männer tanzten wenigstens ab und zu mal mit ihrer Frau, sie aber müsse immer zusehen wie andere Frauen sich amüsierten. Hermann hat ganz kleinlaut, sie solle doch noch ein Stündchen warten, es wäre gerade so gemütlich. Sein Freund Albert Krüger, der als Unverheirateter wohl nicht das richtige Verständnis für solche Sachen hatte, meinte sogar, darüber hätte eine Frau nichts zu bestimmen, das wäre Sache des Mannes. Frau Klara antwortete ihm gar nicht, sondern sagte zu ihrem Mann, er könne ja weiterfeiern, dann ginge sie eben alleine. Natürlich müsse er dann sehen, wie er ins Haus komme, sie mache ihm nicht auf. Das zog. Mit einem wehmütigen Blick auf die Wände, die noch länger bleiben konnten, folgte Hermann seinem geliebten Ehegatten, mit geheimem Grauen an die unvermeidliche Cardinenpredigt denkend, die sie ihm gewiß noch halten würde. Vorläufig sagte sie aber nichts, so daß der Heimweg ziemlich still zurückgelegt wurde. Gemohnheitsgemäß wollte Klara abschließen, doch wer beschreibe ihren Schreck, als sie merkte, daß sie den Hausschlüssel nicht bei sich hatte. „Na, Mutter, du suchst ja heute recht lange nach dem Hausschlüssel“, bemerkte ihr Mann ganz harmlos. Im geheimen aber dachte er: Wenn ich an ihrer Stelle wäre, würde sie ganz sicher sagen, ich wäre gehörig im Schrit. Nach einigem Jögern antwortete sie: „Ich habe den Hausschlüssel vergessen oder verloren. Was war etwas für unseren Hermann. Voller Schadenfreude sagte er: „Das hast du nun davon, daß du mir den Hausschlüssel nicht anvertrauen willst. Nun gehen wir wieder zurück nach im Ball und vergnügen uns, bis die Sonne aufgeht, dann wird das Haus schon offen sein.“ „Nun freilich, das wäre dir wohl das liebste. Aber das gibt es nicht, man kriegt dich frühmorgens sowieso kann aus den Federn raus. Sieh lieber zu, ob du nicht in die Wohnung einsteigen kannst. Hier kannst du mal beweisen, daß du so schön turnen kannst, wie du immer erzählst.“ „Kleinigkeit“, sagte Hermann, eins, zwei, drei, und er war schon an der Dachrinne emporgeklettert, schlug eine Scheibe im Fenster seiner im Hochparterre gelegenen Wohnung ein, machte den Fensterschloß auf, ein kleiner Wuppich, und er war drin. „So“, sagte er, „nun mach's mir nach und dann können wir uns hinlegen.“ „Mach keine dummen Witze, such lieber den Schlüssel und schließ auf, sonst kannst du noch etwas erleben.“ Hermann tat nun, als ob er suchte, warf dabei auch noch ein paar Stühle um, daß es recht polterte, und erklärte dann nach einer Weile, er könne beim besten Willen den Schlüssel nicht finden. „Aber laß man, ich will dich schon reinbringen!“ Damit kletterte er wieder hinaus, sagte Klara um und hob sie kräftig empor. Erst

doch mächtig langweilig sei. Kein Verbrechen, kein Diebstahl oder Einbruch käme vor, höchstens mal einen Bettler arretieren oder einen Bürger anzeigen, der die Asche an verbotener Stelle abgeladen hätte, das wäre alles. „Ein altes Weib könnte hier ebensoviele Schumann spielen wie wir“, meinte eben Müller, als auf einmal Vater Wunderlich angekehrt kam, schon von weitem rufend, so daß die beiden ihm gleich entgegenstürzten. „Sie sind ja so aufgeregter, das ist man bei Ihnen doch gar nicht gewohnt, was ist denn passiert?“ „Einbrecher, bei mir gegenüber, und die Leute sind nicht zu Hause.“ „Sei, das war ein Wort! Vergessen waren alle Klagen, und eiligst begab man sich auf den Schauplatz des Verbrechens. Vater Wunderlich war aber doch ziemlich aus der Puste gekommen, und so mußte man bald wieder langsamer gehen. Das war auch ganz gut, denn dabei kam dem vorzüglichen Krause der gute Gedanke, den Schlossermeister Born herauszuklopfen und ihn zum Aufschließen der Türen mitzunehmen. An Ort und Stelle angelangt, wurde nun Kriegsrat abgehalten. Müller mußte sich mit Wunderlich vor dem Hause aufstellen, damit die Spitzbuben nicht heraus konnten, und Krause begab sich mit Meister Born so leise wie möglich ins Haus. Ohne Geräusch ging es aber doch nicht ab, und so war es kein Wunder, daß Frau Klara während einer Kunstpause ihrer Rede plötzlich vernahm, wie jemand an der Haustür herumhockte. Im selben Augenblick hatte sie auch schon überlegt, daß aus dem Hause wohl niemand mehr auf sei, also ein Fremder ins Haus wolle. Gleich bekam Hermann einen Puff in die Seite, so daß er erschreckt zusammenfuhr. Im Glauben, er habe es an der nötigen Aufmerksamkeit fehlen lassen, meinte er, er habe ja alles gehört, doch klar machte ihn gleich munter durch das eine Wort: „Einbrecher!“ „Wo denn?“ fragte er. „Dummkopf! Bei wem denn als bei uns.“ „Aber Klara, bei uns finden sie doch nichts, laß sie doch suchen.“ „Horch doch, sie sind schon an der Stubentür!“ Nun hörte er auch das verdächtige Geräusch. Jetzt erwachte sein Mut. „Ich werde es ihnen eintränken, das Wiederkommen wird ihnen schon vergehen!“ Damit begab er sich in die Küche, nahm einen langen Gartenschlauch, der dort hing, und befestigte ihn an der Wasserleitung. „So, Klara, jetzt spielen wir freiwillige Feuerwehr, ich bin Schlauchführer und du bist Hydrantenwächter. Du drehst nun den Hahn auf, so weit du kannst, und ich halte das Ende zu. Wenn die Brüder da draußen die Tür aufbrechen, dann geht der Spaß los.“ Natürlich hatten Krause und Born es vernommen, wie in der Wohnung hin und her gegangen wurde. „Hören Sie es“, sagte Born, „wie die Bande da drinnen wirtschaftet, die wühlen ja alles durcheinander.“ „Ja, es ist die höchste Zeit“, sagte Krause. Endlich hatte Meister Born den richtigen Dietrich erwischt und rief die Tür auf. „Im Namen des Geistes“, rief Krause. Born brüllte: „Ergibt euch, ihr Banditen!“ In diesem Moment, als Krause über die Schwelle stürzen wollte, bekam er einen solch kräftigen Wasserstrahl ins Gesicht, daß er rückwärts hinfiel. Dabei ließ er nicht nur die Taschenlampe fallen, mit der er geleuchtet hatte, sondern auch sein Revolver entfiel sich, und Born, der schon glaubte, eine Kugel von den Einbrechern zwischen den Rippen zu haben, machte schleunigst kehrt und flüchtete auf die Straße. Dabei rannte er den hereinströmenden Wachmeister Müller auch noch über den Haufen. Der dachte natürlich gleich, einen Einbrecher vor sich zu haben, und ergriff ihn gleich an der Kehle, so daß dem armen Born schier die Sinne schwanden und er Nähe hatte, den Irrtum anzuklären. Unterdes spritzte Hermann Schulze kräftig weiter und selbst den schlumpfenden Krause gründlich ein. „Euch Schwefelbände will ich lehren, ehrsame Bürger zu bestehen und womöglich noch tot zu schießen.“ Währenddessen waren auch die durch den Schuß alarmierten übrigen Hausbewohner vor seiner Tür angekommen. „Aber Herr Schulze, bei Ihnen brennt's wohl?“ fragte Fräulein Jettchen Manekamp. „Aee, bei mir nicht, aber machen Sie mir mal Licht, da werden Sie schon ihr blaues Wunder erleben.“ Dabei ließ er so von ungefähr den Wasserstrahl in die Richtung gehen, wo seine Nachbarn standen, und mit großem Geschrei stoben sie auseinander, wobei Fräulein Jettchen dem Wachmeister Müller direkt in die Arme lief und sich an seinen Hals hängte. „Edler Mann, retten Sie

Juliette spähte nach dem Großvater. Gleich einer Rose überlagte ihr hübsches Gesicht den morrischen, hier und da mit Moos bewachsenen Zaun, den die Dämmerung so dunkel färbte, als wäre ein Plahregen darauf niedergegangen. Alle Tage kam der Großvater von jener Seite, wo die Eichen der Stadt ihre feine Schrift auf das Gelb des Sonnenunterganges zeichnen. Vor Freude zitternd, erwartete auch Turko den Herrn, und sein schwarzer Pudelbengel, auf dem die Schlei der Abends nur den Ausdruck der Liebe erkennen ließen, wendete sich von Zeit zu Zeit nach dem hübschen Mädchen. Da bemerkten sie und der Hund den alten Mann unter der Arbeitermenge, die aus den Vorstädten herausströmte. Mit großen Schritten kam er; gestikulierend. Schon vom Fußweg her hörte man ihn lachen. Er schloß die Enkelin in die Arme, ohne seine laute Freude zu dämmen. Drinnen in der niedrigen Stube, wo Turko sich um ihn zu vervielfältigen schien, zwinkerte er mit den Augen, fluchte vor Vergnügen und schlug mit der Faust so heftig gegen die Tischplatte, daß das blau gerahmte Fenster klirrte. Erdlich sagte er: „Hier hast du!“ und warf mitten auf den Tisch einen Tausendfrankenschein. „Da sind tausend Frank. Jetzt kannst du den großen Flaquard betrauten.“ — „Ach!“ rief Juliette freudestrahlend, „Großvater, wie hast du das zustande gebracht?“ Der Alte blinzelte listig drein. Nun, er hatte Aberstunden gemacht. Frank um Frank gespart. Das hatte Zeit gekostet, verdamm! Aber was! Das Geld war da; man schuldet es niemand. Die Kleinz konnte Flaquard betrauten. Der Hahnsfuß brauchte nämlich tausend Frank, um Rose, diese Klette, abzustofen. Den ganzen Abend sprach man von Flaquard, der zwar keinen Mut besaß, aber ein schöner Mensch war — Seirat und Glück bedeutete.

Am anderen Morgen, als der Alte fort war, sagte Juliette zu Turko, während sie den Haushalt besorgte: „Ich bin zufrieden.“ Turko verstand sich auf diese Art vertraulicher Mitteilungen. Er witterte das Glück, dieses edelste Parfüm. (Nur die Hunde sind würdig, es wahrzunehmen.) Sie erzählte ihm, daß sie mit dem großen Flaquard glücklich sein würde, da dieser nun sein Verberben, die Rosa, dieses Anhängsel, loswurde. Ohne die tausend Frank — was wäre geworden? Sie sang, betrachtete sich im Spiegel und legte um ihren Hals ein blaues Band. Turkos Augen folgten ihr freudlich; er nahm von allem, was sie sagte, etwas in sich auf. Einst jung wie sie, war er jetzt noch älter als der Großvater. Sein schwarzes Fell war durch die Jahre hüßlich geworden, sein Rücken so verrunzelt wie eine Köhlerhand. Aber Juliette war stolz auf seine schönen kastanienbraunen Augen, die ihr mehr und mehr ins Herz zu blicken versuchten. Sie zeigt ihm den Tausendfrankenschein, dessen Vorhandensein die Lage der Dinge veränderte. Rasch legte sie ihn, für Turko unerschütterlich, auf den Deckel der Salzmeße, die sehr hoch neben der Tür hing. Dann plauderte sie von anderem, trällerte, liebäugelte mit dem Spiegel.

Während der Frühstückspause trieb es sie ans Gartengeländer; sie hoffte, vielleicht Flaquard vorübergehen zu sehen, der dranssen an der Befestigung der Straße arbeitete — sie wollte es ihm verhandeln. Ein so heftiger Windstoß traf sie, daß sie stehenbleiben mußte. Unmöglich, dagegen aufzukommen. Wild wirbelte der Sturm ihre Haare um ihr niedliches Gesicht; der dünne Rock schmiegte sich an den zarten Wuchs ihres Körpers. Der Zaun schwankte. Das magere Bäumchen in der Ecke stand gebeugt da wie ein vom Unglück Betroffener. Und die Wölkchen die von ihr angelebte Hausfär weiß aufgerissen; durch die Scheiben sah man das Flattern der vom Sturm hin und her geworfenen baumwollenen Vorhänge. „Turko!“ rief sie, „wo steckst du?“

Er war an der Schwelle geblieben und spielte mit einem Stückchen Papier. Eine Ahnung durchzuckte sie. Sie stürzte auf ihn zu. Bei ihrem Anblick schnappte der Hund nach dem Papier, verschlang es, dann äugte er sie beruhigt an. Verzweifelt packte sie ihn, rief seine Kiefer auseinander; ihre Finger griffen in das heiße Maul, das er jetzt, so weit wie er konnte, öffnete. Nichts mehr da! Sie ließ ihn los, brach in Tränen aus, ließ die Hände ringend, im Zimmer auf und ab, während Turko es für seine Pflicht hielt, sie scharf zu beobachten, um sich keine ihrer Bewegungen entgehen zu lassen. „Ach, sie wußte wohl, was bevorstand. Der Großvater konnte jede Minute heimkehren, es war seine Zeit. Sowie er es erfuhr, würde er Turko hien, um den Geldschein wiederzuerlangen. In solchem Falle gibt's kein anderes Mittel. Man weiß das; ihm etwas eingeben müßt nichts. Man muß das Tier töten, und zwar sofort.“

Ja, der Alte, der entschlossen und hart gegen andere war, wäre mit Turko gleich ein Ende machen. Mit dem Stock oder einem Messer. Anbinden würde er ihn, dann nieder schlagen, erwürgen und den armen Körper nach dem Schein durchwühlen. Sie richtete sich plötzlich auf, erschüfter wie noch eben vom Sturm; Schritte nahen. Der Großvater bog aufs Haus zu. Der schöne Flaquard kam mit und man hörte sie lachen. Ganz außer sich sah sie auf Turko, und der betrachtete sie mit seinen braunen verwundernden Augen, welche seine ganze Güte offenbarten.

Freudig traten die Männer ein. Sich aufstreckend, als wollte sie ihnen den Weg verstopfen, stammelte sie ängstlich, weinerlich den Stuhl zu Boden schlagen: „Großvater! Großvater! Das Geld!... Ich war auf die Straße gegangen... mit Turko. Während der Zeit sind Leute eingedrungen... haben das Geld gestohlen... Ich sah sie fliehen.“ Die beiden stießen einen rauhen Schrei aus, blieben vor Schreck wie angewurzelt stehen. Der Großvater wurde blaß und warf sich jammern — sein Atem ging stoßweise wie eine Maschine — auf einen Schemel, während der schöne Flaquard seine Haltung ganz und gar verlor und verlegen immer von einem Fuß auf den anderen trat. „Vergehen Sie“, sagte er endlich mit seiner wohlklingenden, tiefen Stimme, „aber, aber...“ Er zog ab, ohne seinen Satz zu vollenden, ohne die beiden noch eines Blickes zu würdigen.

Als er verschwunden, wagte Juliette nicht, sich dem Großvater zu nähern, der noch immer wie betäubt dafuß. Aber sie trat zu Turko und instinktiv streckte sie ihre Arme nach ihm. Der Hund richtete sich an ihr empor, mit den Pfoten auf ihrer Brust. Sie drückte ihn fest an sich, bestete ihre in Tränen schwimmenden Augen auf ihn, Augen, aus deren tiefem Schmerz sich der Gedanke löste: „Ich habe dir doch das Leben gerettet!“ Eine Träne Juliettes rann über das Haupt Turkos. Er fühlte, wie ihr Blick ihn traf... und antwortete mit einem Ton, der sich wie ein kurzer Klageaufschrei hörte. Er antwortete ihr auch mit der wohligen Stimme seines sich an den Wunden des jungen Mädchens anlehenden Kopfes. Dann bellte er zweimal und sagte nichts mehr. Als ein großes Herz — das er war — fand er das alles ganz einfach.



wollte sie ausschreiten, als aber Hermann so tat, als ob er sie fallen lassen wollte, griff sie doch nach dem Fenstersims. Nun hob Hermann mit Macht hinterher, und bald war das schwierige Geschäft geschafft. „So, Mutter“, sagte Hermann, nachdem er nachgesehen war, „das war wenigstens mal eine kleine Abwechslung, auf den Spaß mag ich dir gleich einen kräftigen Kuss geben.“ „Ach, laß man deinen Hintern, du hast natürlich deinen Spaß an solchen Sachen.“ „Aber Mutter, Spaß mag doch sein bei einer Kindin, sonst kriegt man keine Paten“, scherzte Hermann. Doch wenn er glaubte, sie mit diesem Kasparich belustigen zu können, so irrte er sich gewaltig. Denn nun legte Klara los und gleich so gewaltig, daß Hermann am liebsten nach der Bodenwand gequert wäre, nur um Ruhe zu bekommen. Doch überlassen wir den Klutz seinen fröhlichen Schicksal und begeben uns wieder auf die Straße, wo inzwischen etwas vorgefallen war, das wir später Geschichte in Zusammenhang sieht. Dem Hause gegenüber wohnte der Herr Wunderlich. Dieser hatte die Gewohnheit, sein Mittagsgeldchen eines in die Länge zu ziehen, und die Folge war, daß er nachts schlecht schlief. So auch diese Nacht wieder. Da fiel ihm nun aus einmal auf, wie auf der Straße lebhafte Gespräche wurde, und dann etwas wie Glas klirrte. Ihn gestiel es in merkwürdiger Weise, aber nach einigen Überlegen entschloß er sich doch, seinem Schwager Lager zu entweichen und einen Blick auf die Straße zu werfen. Heißer Wind, das war doch klar. Er sah nämlich, wie ein Mann gegenüber eine Person einer anderen in ein Fenster half und dann selbst hinterherkletterte. Das ging doch über alle Freuden. Bei Schreien und Einbrecher, kletterten sich auch lieber nach Hause scheren“, war sein erster Gedanke. Wahrscheinlich haben das die Verbrecher gewußt und werden das nun aus. Wer die Vergehung nicht und ich werde den Ruhm davontragen, die Kletterer der Jähz angestrichelt zu haben. Wie wird mein Ansehen am Stammtisch da stehen?“ Mit tiefen Gedanken zog er sich eilig an und begab sich auf die Suche nach der Polizei. Nach kurzer Zeit sah er gleich zwei Helme aufstehen. Diese gehörten den beiden Wachmeistern Krause und Müller, die sich eben darüber unterhielten, daß es in der Stadt



wich“, flüchtete sie, während er überlegte, was wohl seine Frau dazu sagen würde, wenn sie ihn jetzt sehen würde. Nun kam auch noch Frau Klara, die doch auch wissen wollte, was eigentlich los war. Vor allen Dingen fragte sie erst einmal für Licht. Was sich da ihrem staunenden Blick bot, war wohl wert, von einem Maler im Felde festgehalten zu werden. In der Mitte Wachmeister Müller mit Fräulein Jettchen am Hals, ansamt von den freirendem und behernden Hausgenossen in einem teilweise sehr düstigen Raum, im Hintergrund Vater Wunderlich und Meister Born und alle mit Stimmern auf Hermann sehend, wie er einen Vertreter des Geistes zu empfiel. Nun merkte auch er, was er angetrieben hatte. Klara, mache den Hahn zu, es ist da ein kleiner Irrtum vorgekommen. Ich meine ja was ganz anderes, als ich von einem Klausen Wunder sprach.“

Die Banknote.

Von Henri Barbusse.

Antiquarische Übertragung aus dem Französischen von Joh. Kande.

Am Gestir der weißen, düsteren Ebene, deren Farbe irgendwie an abgetragene Kleider gemahnte, verschwand das kleine Haus im Jenseit.